Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis bei Haus durch die Austräger vierteljl. M. 2.70, monatl. 90 Pf. durch die Post bezogen halbjl. und 14 Pf. monatl. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 2.40 bezw. 80 Pf. Einzelnummer: 15 Pf. — Erscheinen 6mal wöchentl. nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100. Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Anzeigenpreis für die einsp. Kleinzeile oder deren Raum 30 Pf. für Orts- u. kleine Anzeigen, Handel und Familie bezw. 25 Pf. Die Quittung für die laufende Bezugsgebühr (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Bezieheren auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 75 Pf. — Zinsgebühr und Vorausbezahlung eigene.

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 76. | Donnerstag, den 10. April 1919. | 159. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 6 betr.:

Aufhebung der Eierpreise.
Einkommen- und Ergänzungssteuertafeln.
Pflicht zur Ausstellung eines Vermögensverzeichnisses.
Warnung vor einem Schwindler.

Tageschronik

Plünderungen und Kämpfe in Magdeburg.
Der Generalstreik in Berlin vermieden?
Die Entente schließt Bayern von den Friedensbedingungen aus.
Die bayrischen Bauern für die alte Regierung.
Verzicht Frankreichs auf Annexionen?
Enthüllungen über die Berliner Eichhorn-Wirtschaft.
Amtsniederlegung der Sozialisierungs-Kommission.
Neue Bedrohung der Lebensmittelzufuhr.

Die Unruhen in Magdeburg.

Generalstreik und Schießereien.

Magdeburg, 8. April. In einer Riesenversammlung auf dem Domplatz wurde bekannt gegeben, daß die Freilassung der drei verhafteten Parteifunktionäre noch nicht erfolgt sei und deshalb der Generalstreik über Magdeburg proklamiert werde. Die Redner führten aus, es handle sich um eine Machtfrage zwischen Regierung und dem Proletariat. Das Magdeburger Militär stehe geschlossen hinter der Arbeiterschaft. Parole müßte sein: so lange durchzuhalten, bis die Regierung die Forderungen des Proletariats bewilligt hat, das evtl. mit der Waffe in der Hand für diese Forderungen des Proletariats eintreten wird. Nach der Versammlung durchfluteten geschlossene Züge die Straßen. Die Straßenbahn ist von neuem gezwungen, ihren Betrieb einzustellen. Während der Nachtstunde hielt die Schießerei in den Straßen an. Ein regelrechtes Gefecht entspann sich vor dem Polizeipräsidium und dem Justizpalast. Die Aufständischen rückten mit Gewehren und Handgranaten bewaffnet, vor die Tore der beiden Gebäude in der Absicht, die Gefangenen zu befreien. Es kam zu einer lange anhaltenden Schießerei zwischen den Stürmenden und den Schutzleuten, wobei auch Maschinengewehre in Aktion traten. Es gab mehrere Verwundete.

Eine geheime Abstimmung der Arbeiterschaft der größeren Betriebe ergab 75 vom Hundert gegen den Streik.

Plünderung städtischer Lebensmittelvorräte.

Magdeburg, 8. April. In der Nacht zum Dienstag sind auf dem städtischen Pachhofe durch Plünderung große Bestände an dort gelagerten Lebensmitteln geraubt worden. Es handelt sich dabei um Werte von weit über 100 000 Mark. Die geraubten Lebensmittel sollten zu einer günstigeren Gestaltung der Versorgung Magdeburgs in den nächsten Monaten Verwendung finden. Auch die Schuppen des amerikanischen Roten Kreuzes, in denen Lebensmittel für die Gefangenen lagerten, wurden ausgeplündert. Infolge dieser Exzesse hat der Exekutivausschuß den Belagerungszustand über Magdeburg verhängt, ehe von der Reichsregierung die entsprechende Weisung kam. Der überwiegende Teil der Garnison hat sich bei den Zwischenfällen als regierungstreu erwiesen. Es fanden stundenlange Schießereien statt, die zahlreiche Opfer forderten. Die Zahl der Toten im Hafengelände wird auf 14 angegeben, bei dem Abwehrfeuer des Wachtregiments zählte man zwei Tote. In Buckau wurde eine Person beim Plündern erschossen.

Wiedereroberung der Zitadelle.

Die Spartakusse verschanzen sich.

Wie die „Voss. Ztg." erfährt, sind dort die von den Unabhängigen und Spartakisten besetzte Zitadelle und das Gebäude des Generalkommandos von dem regierungstreu gebliebenen Korps der aktiven Unteroffiziere wieder genommen worden. Die Aufrührer haben eine Elbbrücke besetzt und sollen die Absicht haben, sie in die Luft zu sprengen. In der Richtung gegen Halle verschanzen sich die Aufrührer. Sie sollen dort auch acht Geschütze in Stellung gebracht haben. Die eigentlichen Kämpfe gegen die Aufrührer haben noch nicht eingesetzt. In der Stadt selbst herrscht verhältnismäßig Ruhe.

„Polizeipräsident" Vater abgesetzt.

Magdeburg, 8. April. Der stellvertretende Polizeipräsident Vater, einer der Führer der Unabhängigen, ist unter dem dringenden Verdacht, an den gegenrevolutionären Umtrieben beteiligt zu sein, seiner Funktionen enthoben worden. Sein Nachfolger ist das Mitglied des Exekutiv-Ausschusses Friedrich Wernicke.

Die Befreiung Landsbergs.

Ueber die Befreiung des Reichsministers Landsberg wird noch mitgeteilt: Als die Autos nach Helmstedt kamen, stellte sie die dortige Polizei. Die begleitenden Soldaten wurden entwaffnet. Vor dem Justizpalast und im Polizeirevier wachhabende aktive Unteroffiziere in Magdeburg erklärten sich sofort bereit, Landsberg zu holen. In einem Extrazug fuhr die Gruppe, bewaffnet mit Maschinengewehr und Handgranaten nach Helmstedt. Als sie dort ankam, traf gleichzeitig ein Trupp Matrosenspartakisten aus Braunschweig ein, um nach den entführten Autos zu fahnden. Diese Matrosen mußten nun zusehen, wie die besser bewaffneten Unteroffiziere das Polizeiamt besetzten und dann mit dem Reichsminister Dr. Landsberg abfuhren. Von der Verhaftung und Gefangennahme der Soldatenräte und Schoffore mußte man leider absehen, da Helmstedt jenseits des Magdeburger Machtbereichs im Braunschweigischen liegt. (!!!)

Die Magdeburger Garnison unzuverlässig.

Entgegen anderslautenden Meldungen können die in Magdeburg garnisonierenden Regimenter durchaus nicht als zuverlässig betrachtet werden. Besonders das Pionierbataillon 4 gilt als ausgesprochen spartakistisch gesinnt. Von der Ausrufung der Räterepublik ist übrigens bis jetzt nicht die Rede gewesen. Es streikt nur die Hälfte der Arbeiter.

Der bayrische Umsturz.

Die bayrische Regierung hat jetzt ihren Sitz in Bamberg aufgeschlagen. Wie Minister Segitz Pressevertretern mitteilen, hat die bayerische Regierung keinen Anlaß, mit Besorgnis in die Zukunft zu sehen. Sie sei gewiß, daß die Ausrufung der Räterepublik in München und anderen Städten nur auf den Terror einer bewaffneten Minderheit zurückzuführen sei. Kriegsminister Schneppenhorst erklärt, die bayerische Regierung brauche keine weiße Garde, um sich zu behaupten. Alle Meldungen über den Anmarsch bayerischer oder preußischer Truppen als Regierungsschutz seien aus der Luft gegriffen. Die Lage Bambergs genüge vollständig zum Schutz der bayerischen Regierung.

Die Lage in München.

München, 8. April. Die Schließung der Banken hat zur Folge, daß auch die Postämter nach den vorausgegangenen zwei Feiertagen keine Gelder abheben und auszahlen können, was die allgemeine Verwirrung und die Empörung darüber nur noch vermehrt. Die Läden sind heute wohl im Zeichen der Unsicherheit oder eines beginnenden Bürgerstreiks geschlossen. Die Lebensmittelgeschäfte verkaufen noch. Auf den Straßen wird offen und laut zum Bürgerstreik aufgefordert. Die Liste der neuen Volksbeauftragten soll teilweise ihre Gültigkeit verloren haben. Professor Jaffe erklärte, er könne die Wahl nicht annehmen. Auch der Bauernbündler Steiner dürfte ablehnen. — Auf dem südbayerischen Gautag der Mehrheitssozialisten berichtete der Delegierte Löwenfeld über die furchtbaren Hungerverhältnisse in Wien, die das ganze Land erdrosselt hätten. Er fürchtete, daß Bayern die gleichen Verhältnisse nach Ausrufung der Räterepublik bekomme, da die Bauern für diesen Fall schon telephonisch den Bauernstreik angekündigt hätten.

Die Bauern entziehen München die Nahrungsmittel.

Entgegen dem Führer des extremen Flügels des Bauernbundes, Gaudorfer, der sich zur Mitarbeit in der Räteregierung bereit erklärt hat, wenn ihm zugesichert würde, daß kein Landbesitz unter 1000 Tagwerk und keine auf dem Lande befindliche Fabrik sozialisiert würde, hat der wirkliche Führer der bayerischen Bauern, Eisenberger, die Parole ausgegeben, durch organisierte Abschnürung Münchens von der Nahrungsmittelversorgung das dortige System zu bekämpfen.

In einem Aufruf erklären sich die Bauern Frankens, der Oberpfalz und des Rieses, die Bauernschaft Oberbayerns, Schwabens und des Allgäu für die Regierung Hoffmann. Von Dienstag, den 8. April, nachmittags 5 Uhr, wird die Lebensmittelsperre über Augsburg und München verhängt, bis in München die Räterepublik zurückgetreten ist.

Fiasko.

Die russische kommunistische (bolschewistische) Partei, d. h. die in Rußland herrschende oder richtiger gesagt die Alleinherrschaft ausübende Partei, macht gegenwärtig eine schwere Krisis durch. Das zeigen in deutlicher Weise die jüngsten Reden Lenins, die in Deutschland, in gewissen Kreisen wenigstens, in absoluter Verkennung der tatsächlichen Lage als Ausdruck einer „von proletarischem Machtbewußtsein getragenen Gerechtigkeit" aufgefaßt werden, wie sich der „Vorwärts" kürzlich so schön ausdrückte. Nein, so ist die Schar doch nicht. In Wirklichkeit sind sie nichts anderes, als ein Zeichen der inneren Schwäche des Bolschewismus, der wachsenden Opposition im Lande, ein Zeichen dessen, daß die jetzigen Machthaber um ihren Thron zittern beginnen. Daher die Konzessionen, daher das Entgegenkommen gegenüber der Bourgeoisie. Wenn ein Parteibonze, wie Bucharin, der Verfasser des berühmten oder richtiger gesagt berüchtigten Parteiprogramms der Bolschewisten, plötzlich sein liebevolles Herz für die kleine Bourgeoisie und den mittleren Bauer entdeckt hat, dann muß es wahrlich schlimm mit der Partei und damit auch natürlich mit der inneren Lage in der Sowjetrepublik bestellt sein.

In einem am Vorabend des 8. Parteikongresses der Bolschewisten geschriebenen Artikel (Jeshenedelnik Prawdy, Nr. 8 vom 16. März) erklärt Bucharin: „Die bisherige Praxis der Expropriation der Bourgeoisie hat uns gezeigt, daß die Taktik, die gegenüber der Großbourgeoisie durchaus richtig ist, häufig genug ohne jegliche Umschweife gegenüber der mittleren Bauernschaft, dem städtischen Kleinbürgertum, der Intelligenz, den kleinen Händlern und Handwerkern usw. angewandt wird. Der wirtschaftliche Sinn dieser Maßnahmen ist absolute Sinnlosigkeit, selbst wenn es sich um die Produktionsmittel handelt, weil die Sowjetorgane nicht imstande sind, diese kleinen Einzelheiten zu organisieren. Von diesem Standpunkt aus gesehen ist die Expropriation der kleinen Werkstätten und ihres Inventars, die Expropriation kleiner Häuschen in den Provinzialstädtchen, die kommunale Registrierung von Jagdgewehren usw. ein vollkommen törichtes Unterfangen."

Wir stimmen diesen Worten vollkommen zu, möchten jedoch die Frage aufwerfen, warum diese Tatsache, die der überwiegenden Mehrzahl der denkenden Menschheit auch schon früher klar war, erst jetzt ihren Einzug in bolschewistische Hirne gefunden hat?

„Die wirtschaftliche Bedeutung" einer solchen Maßnahme — sagt Bucharin weiter — besteht darin, daß das Alte zerstört und nichts Neues an die Stelle gesetzt wird und auch nicht gesetzt werden kann. Aber derartige Maßnahmen haben auch ihre politische Seite. Sie stellen nichts anderes dar, als eine organisierte Vorbereitung der Gegenrevolution. Denn die bei uns vorhandene Masse der kleinen Eigentümer wird dadurch zu direkten und aktiven Gegnern der Sowjetregierung gemacht."

Wahrlich ein interessantes Eingeständnis aus bolschewistischem Munde: das Alte wird zerstört und nichts Neues an seine Stelle gesetzt. Genau dasselbe, was wir, die Gegner der bolschewistischen Wirtschaftspolitik, stets betont haben. Mußten wirklich beinahe 1½ Jahre vergehen, bis man den Wahnsinn der bisherigen Politik einsah? Aber es kommt noch besser: „Der kleine Eigentümer muß wissen, daß sein Arbeitssinn keiner Expropriation unterliegt." Die Bolschewisten in der Rolle von Schützern des Eigentums! Gibt es einen sprechenderen Beweis des Fiaskos ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik? Ja, der russische Bolschewismus hat, welchen Gang auch die weitere Entwicklung in Rußland nehmen mag, seinen völligen Bankerott auf wirtschaftlichem Gebiete erwiesen. Mit der bisherigen Politik geht es nicht weiter, nun, da kann man auch anders — namentlich, wenn man am Ruder bleiben will.

„Gegenwärtig macht unsere Partei eine ernstere Krisis durch, als im Frühling und im Sommer vorigen Jahres", schreibt der bekannte Bolschewist Maslaski Mitte März in den Sowjetblättern. Wir glauben es ihm gern. Diese Krisis der Partei ist aber gleichzeitig eine schwere innere Krisis der Sowjetregierung, die nichts weiter, als eine kommunistische (bolschewistische) Parteiregierung ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190410-11/fragment/page=0001

Eine Volksabstimmung in Nürnberg?

Die Verhängung des Belagerungszustandes über Nürnberg hat auf die Unabhängigen provozierend gewirkt. Im Zusammenhang mit dem für Dienstag proklamierten Streik kam es zu großen Straßenkundgebungen für die Räterepublik. Am Mittwoch soll die Arbeit wieder aufgenommen und es sollen Betriebsräte gebildet werden. Die Mehrheitssozialisten schlagen vor, eine allgemeine Volksabstimmung auf dem Lechfelde für oder gegen die Räterepublik herbeizuführen.

Wie die angestrebte Sozialisierung der bayerischen Presse in Wirklichkeit aussehen wird, ist noch völlig ungewiß. Trotz der zugebilligten sogenannten Pressefreiheit wird die schärfste Zensur ausgeübt. Man verlangt von den Münchener Zeitungen, daß sie mit Wildern erscheinen sollen.

Die Revolution und die Münchener Hochschulen.

München, 8. April. An Stelle des provisorischen Studentenrats ist ein aus sozialistischen Akademikern bestehender revolutionärer Hochschulrat getreten, der vom Zentralrat die Ermächtigung erhielt, am Montag früh die Hochschule zu schließen um sofort die Vorbereitungen für den Aufbau einer neuen sozialistischen Hochschulen zu beginnen. Das neue Hochschulprogramm, ist von Professor Schmidt-Ott entworfen. In einer Bekanntmachung wird die Wiederaufnahme der Vorlesungen auf heute nachmittag 2 Uhr festgesetzt.

Die Entente gegen die Räterepublik.

Genf, 8. April. Das Blatt „Somme libre" meldet: Die Vorgänge in Bayern verzögern den Friedensschluß mit Deutschland. Die Alliierten werden weder mit einer Räteregierung noch mit Verbündeten der russischen Sowjets auch nur eine Stunde verhandeln. Pichon sagte im Kammerausschuß, daß durch die bolschewistischen Vorgänge in Bayern es unmöglich sei, den Friedensschluß zustande zu bringen.

Die „Morningpost" meldet aus Paris: Die Konferenzteilnehmer sind einstimmig der Auffassung, daß die Proklamierung der Räterepublik in Bayern den Ausschluß Bayerns von den Bestimmungen des Friedensvertrags zur Folge haben wird.

Württemberg, Baden, Hessen gegen Bayern.

Stuttgart, 8. April. Die Ministerpräsidenten von Württemberg, Baden und Hessen veröffentlichen gemeinsam eine gegen die Räteregierung in München gerichtete Kundgebung. Die Regierungen der drei süddeutschen Staaten erklären, daß sie in dem Ministerium Hoffmann nach wie vor die allein rechtmäßige Regierung Bayerns erblicken.

• • •

Salzburg — Räterepublik?

Wien, 8. April. Die „Volkszeitung" meldet: Gestern ist in Salzburg die Räterepublik ausgerufen worden. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich der öffentlichen Gewalt bemächtigt. Eine amtliche Bestätigung liegt noch nicht vor.

Die Streiklage im Reich.

Kein Generalstreik in Berlin?

Von einer Seite die als gut informiert gelten darf, wird gemeldet, daß die Agitation für den Generalstreik in Berlin in den letzten 24 Stunden merklich nachgelassen hat. Wenn sich nicht unerwartete Zwischenfälle ereignen, wird der Generalstreik für diesmal noch vermieden werden. Bisher ist es nirgends zu Arbeitseinstellungen gekommen.

Die Zahl der Arbeitslosen nimmt in Groß-Berlin seit etwa 14 Tagen ab. Der „Vorwärts" weist in einem Aufruf auf die Gefahren eines neuen Generalstreiks für die Beschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln hin. Reichswehrminister Noske hat eine Verfügung erlassen, in der gewarnt wird, die Kriegsbeschädigten zu Demonstrationen gegen die Regierungstruppen zu hetzen und dann das Münchener Beispiel nachzuahmen. Solchen Versuchen sei mit der größten Energie entgegenzutreten. Für die Sicherheit in der inneren Stadt werde unbedingt Sorge getragen.

Die Berliner Sozialdemokraten gegen den Streik.

In einer gestern abgehaltenen Versammlung der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der sozialdemokratischen Partei Berlin wurden zwei Entschließungen einstimmig angenommen. In der ersten wird von der Regierung gefordert, jeden Gewaltfrieden abzulehnen. Die zweite protestiert mit aller Schärfe gegen die Versuche der Unabhängigen und Kommunisten, die Berliner Arbeiterschaft in einen Generalstreik hineinzuheken. Weiter heißt es u. a.: Unter den heutigen Verhältnissen bringt ein solcher Streik die Herrschaft des lichtscheuen Gesindels mit Plünderungen und Lebensbedrohung der friedlichen Bevölkerung.

Absperrungsmaßregeln in Berlin.

Im Anschluß an das Verbot jeglicher Zusammenrottungen und Demonstrationen wird im besonderen mitgeteilt, daß die Viertel der Potsdamer Straße, Prinz-Albrecht-Straße, Zimmerstraße, Leipziger Straße und das Gebiet zwischen diesen Straßen bis zur Spree, ferner das von der Spree durchzogene Gebiet des Alexanderplatzes und Schloß und schließlich das Gebiet des Alexanderplatzes durch besondere Absperrungsmaßregeln gesichert werden.

Der Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie.

Der gestern abend einstimmig gefällte Schiedsbruch in der Berliner Metallindustrie sieht für die Angestellten über 20 Jahre folgende Erhöhung des Einkommens vor. Bei einem Monatseinkommen im Juli 1914 bis 100 Mark bis 600 Mark stufenweise Erhöhung um 155% bis 40%. Die bestehenden Kinderzulagen, Funktionszulagen und Weihnachtsgratifikation werden neben diesen Sätzen gezahlt. Für die Werkmeister tritt in den Stufen des Friedenseinkommens von 150—600 Mark eine Erhöhung um 150 bis 40% ein. Aehnliche Erhöhungen sind für die Angestellten unter 20 Jahren und für die Werkstattschreiber und -schreiberinnen vorgeschrieben. Die Verpflichtung der Arbeitsgeber, sich noch wie vor jeder Kündigung mit dem Angestelltenausschuß in Verbindung zu setzen, bleibt bestehen. Die endgültige Entscheidung über Kündigungen, die wegen Betätigungen der Angestellten auf dem Gebiete der Politik oder Vertretung der Berufsinteressen erfolgen, wird dem Schlichtungsausschuß zugewiesen. Maßregelungen sollen unterbleiben.

Die Berliner Bankbeamten im Generalstreik.

In einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung der Angestellten der Diskontogesellschaft, der Berl. Handelsgesellschaft, der Dresdener Bank, der Nommerz- u. Diskontobank und der Nationalbank wurde beschlossen, am Mittwoch in den Generalstreik zu treten. Der Streik soll eine Sympathiekundgebung für die bereits ausständigen Angestellten der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) bedeuten. Er soll ferner bezwecken, eine Besserung der sozialen Lage der Angestellten herbeizuführen, und die Einsetzung von Betriebsräten fordern. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Streik noch eine weitere Ausdehnung erfährt.

Aufforderung zum Generalstreik in Leipzig.

Leipzig, 8. April. Zuverlässige Mitteilungen zufolge soll auch in Leipzig in den nächsten Tagen wieder ein Generalstreik inszeniert werden. Die sozialdemokratische „Freie Presse" veröffentlicht einen Aufruf, in dem die Arbeiter und Arbeiterinnen gewarnt werden, ihre Haut abermals zu Markte zu tragen.

Industriearbeiterstreik in Zwickau.

Zwickau, 8. April. Unter der Parole „Mehr Lebensmittel, gleiche Lebensmittelzulagen für alle Arbeiter" sind heute die industriellen Arbeiter in Zwickau mit Ausnahme der Bergarbeiter in den Ausstand getreten. Die Ordnung ist bis zur Stunde aufrecht erhalten worden.

• • •

Spartakistischer Terror in Essen.

Essen (Ruhr), 8. April. Seit heute nachmittag ist über Essen-Stadt und Land der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Beim Einzug der Regierungstruppen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Zivilisten, wobei durch Handgranaten zwei Zivilisten getötet und mehrere verwundet wurden. Die Zahl der Streikenden ist im Vergleich zu gestern um ein Geringes zurückgegangen. Der Gasdruck ist derartig gering, daß weder Laternen brennen noch Gas für Kochzwecke Verwendung finden kann. Die Aerzte und Krankenhäuser erklären, Operationen nicht mehr vornehmen zu können. Bei der Firma Krupp haben sich die Arbeitswilligen heute früh in sehr großer Zahl eingefunden, sie wurden aber durch Spartakisten, die an den Haupteingängen des Werkes Aufstellung genommen hatten, an der Aufnahme der Arbeit gehindert. Der Straßenbahnverkehr ruht in seiner ganzen Ausdehnung. Auch die Straßenbahnen in Gelsenkirchen und Mülheim haben den Betrieb eingestellt.

Das Korps Lichtschlag ist heute in Essen eingerückt. Es hat zwei Tote und einen Verwundeten gegeben. Ein Mitglied der Neuner-Kommission ist verhaftet.

Regierungstruppen in Bochum.

Bochum, 8. April. Vergangene Nacht sind feldmarschmäßig ausgerüstete Regierungstruppen in Bochum eingezogen. Im ganzen soll Bochum eine Brigade mit 4000 Mann Infanterie, Artillerie, Kavallerie erhalten. Die Truppen sollen zum Schutze der Arbeitswilligen auf die umliegenden Zechen verteilt werden. Vor allen Dingen sollen sie verhindern, daß die Gruben durch Ausständige sabotiert und der Beschluß durchgeführt wird, wonach am 10. April die Notstandsarbeiten aufhören sollen.

Fortsetzung des Generalstreiks in Düsseldorf.

Düsseldorf, 8. April. Die Düsseldorfer Arbeiterschaft hat sich heute in geheimer Abstimmung mit überwiegender Mehrheit für Fortsetzung des politischen Generalstreiks entschieden. Sämtliche Arbeiter des städtischen Gas- und Elektrizitätswerkes haben am Nachmittag ebenfalls die Arbeit eingestellt. Um 3 Uhr wurde über Düsseldorf der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Das Ende des Generalstreiks in Stuttgart.

Stuttgart, 8. April. Der Generalstreik in Stuttgart und der sonstigen Industrieplätzen Württembergs ist nunmehr vollständig zu Ende. Wie es heißt, wollen Unabhängige und Spartakisten Anfang Mai die Kraftprobe des Generalstreiks, die diesmal auf der ganz Linie zu ihren Ungunsten ausgefallen ist, noch einmal wagen.

Eisenbahnerstreik in Danzig.

Nachdem der Eisenbahnminister die Forderung der Arbeiter der Eisenbahn-Hauptwerkstätte Danzig, eine Teuerungszulage von 300 Mk. zu bewilligen, abgelehnt hatte, wurde gestern abend der gesamte Eisenbahnbetrieb in Danzig von den Arbeitern stillgelegt.

• • •

Fischkrawalle in Altona.

Hamburg, 8. April. Heute vormittag kam es auf dem Altonaer Fischmarkt zu größeren Krawallen. Eine Menschenmenge versuchte die Fischauktionshalle zu stürmen und die dort vorhandenen Fische zu rauben. Die Händler wurden an der Abfuhr der Fische verhindert, die Wagen umgeworfen und die Körbe und Kisten geplündert. Angestellte und Arbeiter in der Fischhalle wurden mißhandelt. Erst einem größeren Aufgebot von Polizeibeamten und Sicherheitsmannschaften, die von der Schußwaffe Gebrauch machten und Schreckschüsse abgaben, gelang es, den Markt zu säubern.

Die Pariser Konferenz.

Wo Amerikas Vorteil liegt.

Genf, 8. April. Der „Temps" ist ermächtigt, für Hirngespinste zu erklären, was bisher an Deutschland vorzulegenden Milliardenforderungen an die Oeffentlichkeit gelangte. Bald werde man die Ueberzeugung gewinnen, daß der Vierverband bei Feststellung der deutschen Verpflichtungen eine andere als eine solche Ziffernmethode anzuwenden gewillt sei. Hierbei hebt der „Temps" hervor, daß die amerikanischen Industriellen unverkennbar Neigung zeigen, den deutschen Unternehmungsgeist zu unterstützen, von dem man sich jenseits des Ozeans ungleich größere Vorteile verspricht als von einer Bevorzugung der französischen Industrie.

Frankreich verzichtet auf Annexionen.

Eine offenbar inspirierte Mitteilung des „Temps" besagt, daß die französische Regierung keinerlei offene oder versteckte Annektionswünsche auf irgend ein Gebiet hege, das von deutscher Bevölkerung bewohnt sei. Die „Times" teilen mit, daß die Frage der französischen Ostgrenze dahin entschieden sei, daß das linke Rheinufer deutsch bleibe, dafür aber ein breiter Grenzgürtel links- und rechtsrheinisch ständig unbewaffnet sein müsse. Auch Saarbrücken solle deutsch bleiben und den Franzosen lediglich der Reingewinn aus dem Betrieb der dortigen Kohlengruben überwiesen werden.

Wie verschiedene Berliner Blätter berichten, hat Foch sich mit dem französischen Finanzminister Klotz dahin geeinigt, auf die Besetzung der Rheinbezirke durch Ententetruppen zu verzichten, falls ausreichende wirtschaftliche Bürgschaften gegeben würden.

Wenn dieser Verzicht Frankreichs Tatsache sein sollte, ist er natürlich auf den englisch-amerikanischen Druck zurückzuführen.

• • •

Schwere Bedrohung der Lebensmittelzufuhr.

Die „P. P. N." melden: Die ersten in Deutschland eingetroffenen Lebensmittelschiffe der Entente haben mit Ballast wieder ausfahren müssen, weil in Deutschland nicht einmal soviel Waren zur Ausfuhr zusammenzubringen waren, daß nicht einmal genügend Kohlen zum Wiederauffüllen der Bunker können. Wir konnten für die Lebensmittelschiffe der Entente nicht einmal genügend Kohlen zum Wiederauffüllen der Bunker zur Stelle schaffen. Wie lange unter einer solchen Wirtschaft die Entente Lebensmittel zu liefern bereit sein wird, muß natürlich ganz ungewiß erscheinen.

Der Polendurchzug.

Der Abtransport der 50 000 Mann polnischer Truppen nach Posen beginnt am 15. April.

• • •

Das Posenblatt „Lech" meldet: Gemäß der Militärkonvention zwischen Polen und Frankreich ist Frankreich verpflichtet, in zwei Jahren die polnische Armee nach französischem Muster zu organisieren. 1200 französische Offiziere werden in nächster Zeit mit der Instruktion beginnen.

Beschleunigte Abreise Wilsons.

Newyork, 8. April. Die Abfahrt des Schiffes des Präsidenten Wilson „George Washington" nach Brest, die am 14. 4. erfolgen sollte, ist nunmehr auf den 11. April festgesetzt.

Die amerikanischen Friedensdelegierten hätten erklärt, daß Wilson durch seine beschleunigte Abreise die Friedenskonferenz zwingen wolle, entweder sofort unter den bereits angenommenen Bedingungen Frieden zu schließen oder zu erleben, daß Amerika sich auf seine eigene Politik zurückzieht.

Odessa geräumt.

Der Pariser „Oeuvre" meldet aus guter Quelle, daß Odessa geräumt worden sei.

Irland erhält Selbstverwaltung.

Unter dem Druck der Erregung in Irland und der Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten, die irischen Forderungen anzuerkennen, sieht man in der englischen Presse von einem Entgegenkommen, die Selbstverwaltung für Irland sobald wie möglich Tatsache werden zu lassen. Der Newyork nahestehende „Daily Chronicle" erklärt in einem Leitartikel, daß England Irlands Recht auf Selbstverwaltung im Prinzip anerkannt habe und daß die Einbringung eines Gesetzes über die Homerule bevorsteht.

Frankreich demobilisiert.

Die Demobilisierung des französischen Heeres nimmt trotz der Ungewißheit, die in französischen politischen Kreisen über den Abschluß des Friedens herrscht, unter dem Druck der öffentlichen Meinung ununterbrochen ihren Fortgang. Nach einer Mitteilung des Unterstaatssekretariats für Demobilisation werden die Jahrgänge 1907-08 sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages demobilisiert werden.

Neue Lostrennungspläne.

Die großen Mailänder Blätter veröffentlichen Informationen ihrer Pariser Korrespondenten, wonach von seiten der Friedenskonferenz nunmehr erwogen wird, Geldern und Ostfriesland von Preußen loszutrennen und an Holland anzugliedern. Auf diese Weise soll Holland, das sich bisher geweigert hat, keine Gebietsteile an Belgien abzutreten, der vollendeten Tatsache gegenübergestellt werden (??).

Bolschewismus in Australien.

Amsterdam, 8. April. Die „Times" melden aus Sidney, daß in der australischen Stadt Brisbane eine Kundgebung von Bolschewisten, unter denen sich eine Anzahl Russen befand, stattfand. Die Polizei wurde überwältigt und Soldaten mißhandelt. Mit Revolvern bewaffnete Russen verschanzten sich in dem Hauptquartier. Später machte eine Anzahl Soldaten einen Angriff auf das Gebäude, das stark beschädigt wurde. Ein Russe, der erklärte, Vertreter der Moskauer Sowjetregierung zu sein, wurde verhaftet.

Verhaftung von Deutschen in Spanien.

Der „Matin" meldet die Verhaftung des deutschen Konsuls in Sevilla sowie des Exkonsuls in Barcelona nebst 117 dortigen Deutschen wegen Streikaufwiegelung und sozialistischer Propaganda. Zwei Millionen Mark, die von der deutschen Regierung zu diesem Zwecke dorthin gesandt worden wären, seien beschlagnahmt worden (??).

Enthüllungen über die Eichhorn-Wirtschaft.

In der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses der Preußischen Landesversammlung über die Berliner Unruhen machte Reg.-Rat Doye eingehende Mitteilungen über die Tätigkeit des früheren Polizeipräsidenten Eichhorn.

Die von Eichhorn aufgestellte Sicherheitswehr habe in den Polizeirevieren und im Polizeipräsidium übel gehaust. Ueber viele Hunderttausende Mark fehlen Belege. Eichhorn selbst hat in einem Fall 5100 Mk., in einem anderen Fall 1625 Mk. für sich persönlich unterschlagen. Unter den verschwundenen Geldern befinden sich auch 147 000 Lei rumänischen Geldes, die bei Offizieren beschlagnahmt wurden und seitdem spurlos verschwunden sind. Eichhorn hat die Schutzleute, die sich der Unabhängigenpolitik nicht gefügt haben,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190410-11/fragment/page=0002

nicht nur persönlich, sondern auch in ihren Familien in der brutalsten Weise terrorisiert. Die Sammlung und Austeilung von Waffen hat Eichhorn bereits am 11. November 1918 begonnen. Allein von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik sind Waffen im Werte von 400 000 Mk. erpreßt worden. Eichhorn hat ferner unter Benutzung eines Sauerstoffgebläses versucht, die Hauptkasse des Polizeipräsidiums zu berauben, der Versuch ist ihm aber nicht geglückt. Vom Magistrat Berlin hat Eichhorn viele Zentner feinsten Auszugsmehls erpreßt, um davon Torten für seine Leibwache backen zu lassen.

Der zweite Rätekongreß.

Im ehemaligen Herrenhause in Berlin ist am Dienstag vormittag der zweite Rätekongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zusammengetreten. Die Eingänge des Herrenhauses stehen unter starker Bewachung von Regierungstruppen. Von den 302 Räten, die am Kongreß teilnehmen sollten, ist eine große Anzahl nicht erschienen. Vor allem fehlen die Bauern. Die Zahl der Anträge ist auf 22 angewachsen.

In seiner Eröffnungsansprache wandte sich Präsident Leinert gegen die imperialistischen Gelüste unserer Gegner, ferner unter Unruhe der Linken gegen die in den Generalkreis zutage getretene Vergewaltigung der Mehrheit durch die Minderheit. Das deutsche Volk steht vor einem Abgrund, wenn nicht die Vernunft siegt. Dann überbrachte der deutsch-österreichische Delegierte Hoffmann (Wien) dem Kongreß Grüße des deutsch-österreichischen Reichsvollzugsausschusses. Der preußische Kultusminister Haenisch hieß den Kongreß im Namen der preußischen Regierung willkommen. Zum Vorsitzenden des Kongresses wurde der Mehrheitssozialist Hauschild-Kassel gewählt, zu Stellvertretern der Unabhängige Richard Müller und Schröder-München von der Soldatenfraktion.

Nach Eintritt in die Tagesordnung platzten sofort die Gegensätze aufeinander, als die Unabhängigen den Antrag stellten, den Räteregierungen in München und Budapest Begrüßungstelegramme zu schicken. Es wurde beschlossen, das Telegramm an Ungarn abzusenden, jedoch die Beschlußfassung über Bayern zu vertagen.

Eine lebhafte Aussprache entfesselte der Antrag der Unabhängigen, die Immunität der Mitglieder des Rätekongresses zu beschließen und Ledebour sofort aus der Haft zu entlassen. Bei der namentlichen Abstimmung waren 119 Stimmen für den Antrag, 82 dagegen. Dieses Ergebnis wurde von den Unabhängigen mit großem Beifall aufgenommen. In der Aussprache über den Bericht des Präsidenten Leinert richtete der Unabhängige Richard Müller schwere Angriffe gegen den Zentralrat.

Nach seiner Rede teilte Kultusminister Haenisch mit, daß der Justizminister erst auf einen schriftlichen Antrag des Kongresses hin der Erörterung über die Freilassung Ledebours nähertreten könne. Diese Ablehnung bewirkte eine ungeheure Erregung. Dann trat der Mehrheitssozialist Kaliski auf, der der Demokratie die ungeheure Schmach vorwarf, die sie auf sich geladen habe, als sie durch die Waffenstillstandsbedingungen die alten Grenzen aufgegeben habe. Von der wirtschaftlichen Tätigkeit der Regierung ist es wenig erbaut, aber noch weniger traut er in dieser Hinsicht der Fraktion der Unabhängigen zu. Kaliski ging schließlich noch zur auswärtigen Politik über und betonte, daß auch hier Fehler gemacht worden seien, die man am alten Regime aufs schärfste verurteilt haben würde. Wenn Deutschland an einer so verfehlten Politik nach innen und außen zugrunde gehe, dann könnten die Unabhängigen die Mitschuld daran nicht von sich weisen. Die Rede Kaliskis fand bei der Mehrheit stürmischen Beifall und lebhafte Bravorufe.

Der Kongreß vertagte sich dann auf Mittwoch.

* * *

Die Tagung wird, wie wir hören, wahrscheinlich bis zum Sonnabend dauern, da die Zahl der Anträge außerordentlich groß ist und und sich ebenso zahlreiche Redner zum Wort gemeldet haben. Die Reichsregierung, wie die preußische Regierung werden auf dem Kongreß dauernd vertreten sein. Der zum Vorsitzenden des Kongresses gewählte Redakteur des Kasseler Volksblattes, Hauschild, ist ein äußerst gemäßigter Sozialist, der schon während des Krieges sich nachdrücklich auf den rechten Flügel der Sozialdemokratie stellte. Seine Wahl kann ebensoviel als ein günstiges Moment und als der Ausdruck des Kongresses dahin angesehen werden, daß man nicht Opposition, sondern zu arbeiten beabsichtige. Mitglieder des Kongresses lehnten in einer Unterredung, die ich mit ihnen hatte, es nachdrücklich ab, Förderer des Generalstreiks zu werden.

Die „Ueberzeugten" in der Räteversammlung.

Von unserm Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Ein Moment aus dem Räte-Kongreß und seiner ersten Tagung verdient festgehalten zu werden. Man sprach über die Immunität der Räte, und hüben hin und her, man wollte Ledebour frei haben, und schließlich, nachdem man die Frage genug und vielseitig erörtert hatte, kam es zur Abstimmung. Eine Mehrheit war gegen den Antrag, Ledebour aus der Haft zu entlassen, während sie für die Immunität der Abgeordneten eintrat. Diese Mehrheit mußte sich von den Unabhängigen anpöbeln lassen und (man höre und staune) diese, die sich zuerst erhoben hatten, setzten sich schüchtern wieder auf ihren Platz, sei's weil sie sich nicht anpöbeln lassen wollten, sei's, weil sie den Unabhängigen zeigen wollten, daß sie auch Arbeiter waren. Das Ergebnis der Abstimmung über Ledebours Haftentlassung war ungenau und es mußte die Abstimmung wiederholt werden. Sie ergab [illegible] zu Gunsten Ledebours eine Mehrheit! Ist hier nicht aller Grund, über diejenigen zu staunen, die für würdig gehalten wurden als „Räte" an dem großen vielumstrittenen weiten Räte-Kongreß teilzunehmen? Männer, die ihre Ueberzeugung während einer Abstimmung wechseln, die zuerst gegen einen Antrag stimmen, dann aber für ihn eintreten, sind wohl als Vertreter nicht ernst zu nehmen. Nach dieser Probe kann man ja im Räte-Kongreß auf hübsche Dinge gefaßt sein. Wenn sich die Herren „Räte" so beeinflussen lassen, wird es den Unabhängigen nicht schwer fallen, ihnen auch während anderer Abstimmungen noch ganz andere Ansichten beizubringen.

* * *

Amtsniederlegung der Sozialisierungskommission.

Die Sozialisierungskommission erklärt in einem längeren Schreiben an den Reichswirtschaftsminister Wissel, unterzeichnet von Franke und Kautsky, daß nach ihrer Ueberzeugung „jede Hoffnung auf ein Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsamt und der Regierung geschwunden" ist und daß sie ihr Amt niederlegt.

Aus Stadt und Umgebung

Kundgebung der Einwohner Merseburgs gegen Deutschlands Zerstückelung.

Die zu gestern abend 7 Uhr in die städtische Turnhalle in der Wilhelmstraße von allen bürgerlichen Parteien und der alten sozialdemokratischen Partei einberufene allgemeine Einspruchsversammlung gegen jede gewaltsame Lostrennung deutscher Gebietsteile war nicht so gut besucht, als man es hätte erwarten können. Das außerordentlich schlechte Wetter und die frühe Abendstunde hatten wohl viele von dem Besuch abgehalten.

In einer kurzen Begrüßungsansprache wies der erste Bürgermeister Hertzog auf die tiefe Erbitterung und helle Empörung, die von unsern Feinden geplante, jedem Gefühl für Gerechtigkeit und Volkssempfinden Hohn sprechende Loreißung rein deutscher Gebietsteile in jedem deutsch Empfindenden hervorgerufen hat. Diese Empfindungen hätten sich überall im deutschen Reiche in Kundgebungen Luft gemacht und auch Merseburg wolle hierbei nicht zurückstehen. Er erteilte Herrn Stiftsoberpriesterdenen Professor Bithorn das Wort zu einer tief angelegten Rede, in der er zunächst das gute Recht betonte, das der deutsche Volkskörper, der zwar geschwächt ist, aber leben will und muß, auf eine nicht durch Fesseln gehemmte Auswirkung seiner Kräfte hat. Wer uns das Saarland, Oberschlesien, Posen und Westpreußen nehmen will, raubt uns notwendige Lebensbedingungen. Wirtschaftlich würden wir zugrunde gerichtet, und sittlich haben wir auf jene durchweg deutschen Landstriche ein gutes Recht. Ein Volk, das widerstandslos und wider pruchslos den durch Blut und Schweiß vergangener Geschlechter geweihten Boden preisgibt, ist unfähig, ehrenvoll weiterzuleben. Nur ein unverletztes Deutschland kann dauernd Frieden halten; schlägt man uns unheilbare Wunden, wird schließlich der deutsche Zorn unsere Peiniger treffen. Wir können auch verlangen, daß man uns unsere Eigenart läßt. Für einen aufrechten Völkerbund haben wir viel übrig, nicht aber für einen Völkerbrei, in den man uns einstampfen will. Wie wir die anderen Völker brauchen, so brauchen diese auch uns, und ein krankes, leidendes Deutschland wäre ein Unglück für die ganze Welt. Deutschland hat der Menschheit immer Seele gegeben. Es hat die religiösen Fragen am ernstesten genommen und furchtbar dabei gelitten. Heute ist es unsere Menschheitsbestimmung, den Kampf um die soziale Frage auskämpfen zu müssen, der uns Tag für Tag in heftigem Fieber schüttelt. Wir wollen uns heute nicht schämen, Deutsche zu sein, sondern mit aller Kraft wieder die Stellung auf der Erde zu erringen suchen, die uns von rechtswegen zukommt. Mögen unsere Peiniger sich vorsehen, daß sie der Schmach des grausamen Waffenstillstandes nicht die größere eines grausamen Friedens hinzufügen. Im Bewußtsein, daß das deutsche Volk noch Großes zu leisten berufen ist, erheben wir flammenden Einspruch gegen jede Vergewaltigung, gegen jede Loreißung deutschen Gebietes.

Lebhafter Beifall bewies, daß der Redner allen Anwesenden aus der Seele gesprochen hatte. Der 1. Bürgermeister Hertzog gab in einem kurzen Schlußwort dem Dank der Versammlung Ausdruck und verlas folgende Entschließung, die einstimmig angenommen wurde.

> Die in Merseburg versammelten Bürger und Bürgerinnen erheben schärfsten Einspruch gegen jede gewaltsame Abtrennung deutschen Gebietes im Osten und Westen. Sie fordern die Reichsregierung im Interesse eines dauernden Völkerfriedens auf, festzuhalten an den bei Abschluß des Waffenstillstandes dem deutschen Volke garantierten 14 Punkten Wilsons.

Die Versammlung wurde hierauf geschlossen. Lebhaftes Befremden erregte es bei vielen Teilnehmern auf der Versammlung, daß in der Entschließung mit keinem Wort unserer noch immer in Feindesland schmachtenden Kriegsgefangenen gedacht wird.

Der 19. Bildungsabend

fand Dienstag, den 8. April, abends 8 Uhr im Herzog Christian statt. Nach der Verlesung der Niederschrift über den 18. Abend sprach der Leiter der Bildungsabende unter lebhafter Zustimmung der wieder zahlreich erschienenen Besucher den städtischen Behörden den herzlichsten Dank für die Bewilligung des Zuschusses von 1500 Mark. Es wurde angeregt und beschlossen, die nun seit zwei Jahren hier bestehenden Bildungsabende systematisch weiter auszubauen zu einer Volksbildungsanstalt (Volkshochschule). Eine Reihe von Rednern stehen bereits zu den einzelnen Gruppen der Vorträge aus den verschiedensten Wissens- und Bildungsgebieten zur Verfügung. Der Lehrplan wird nächstens veröffentlicht.

Nun hielt Pfarrer Balthofar aus Ammendorf seinen 3. Vortrag über die musikalische Entwickelung des Volksliedes, vom 2. großen Liederfrühling (14. bis 16. Jahrhundert) bis Mitte des 19. Jahrhunderts. Es war wieder ein köstlicher Abend. Reichen Beifall fanden die Einzelgesänge von Frau Pastor Balfasor: „Gib dich zufrieden und sei stille (J. S. Bach), Du holde Kunst, Schlaf o schlaf, holder süßer Knabe und Schlafe, mein Prinzchen sowie die andern Vortragenden. Besonders belebend wirkten die allgemeinen Gesänge: Es steht ein Baum im Odenwald, — Sah ein Knab ein Röslein stehn, — In einem kühlen Grunde, — Freiheit, die ich meine, — O Täler weit o Höhen. — Den letzten Vortrag hält Herr Pfarrer Balthofar, Dienstag, den 15. April. —

Versammlung des Bürgervereins Süd und West.

Die gestern abend im „Vaterland" tagende Hauptversammlung des Bürgervereins Süd und West zur Förderung städtischer Interessen, wies trotz des schlechten Wetters einen recht guten Besuch auf. Der Vorsitzende, Herr Lehrer Wilck, eröffnete die Versammlung und berichtete über die Tätigkeit des Vereins. Der Kassierer, Herr Vollrath, übernahm die Rechnungslegung, es wurde Entlastung erteilt. Darauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Der alte Vorstand wurde mit geringen Aenderungen wiedergewählt.

Sodann wurde Bericht erstattet über die Schritte, die der Verein bisher getan hat, um die Errichtung einer Haltestelle vor der Roon-, Kleist- und Blumenthalstraße herbeizuführen, leider vergeblich. Es wurde beschlossen, nunmehr eine Deputation von 4 Herren, und zwar 2 Mitgliedern des Vereins, einem Mitglied des Arbeiterrates und einem Mitglied des Betriebsrates der Leuna Werke zum Herrn Regierungspräsidenten als dem Chef der Landespolizeibehörde zu entsenden, um die Notwendigkeit der Haltestelle ausführlich zu begründen und ihre Einrichtung zu bewirken. Außerdem wurde eine Resolution gefaßt, die dem Magistrat nahelegt, die Höllenscheunen aus Gründen der Zweckmäßigkeit und öffentlichen Sicherheit tunlichst bald zu entfernen. Zu dem Kapitel Lebensmittelverteilung bemerkte Herr Kuche, daß die Inhaber der Lebensmittelhefte mit hoher Nummer verschiedentlich schlecht weggekommen seien. Diese Tatsache ist auch von anderen Seiten schon festgestellt worden, und die Anregung, bei Verteilung von Lebensmitteln, die nur in geringen Mengen verfügbar sind, auch einmal die höchsten Nummern zuerst berücksichtigen, ist durch aus zu begrüßen. Ebenso wurde bemängelt, daß die Hausfrauen der Straßen mit den Anfangsbuchstaben R. bis Z. meistens Sonnabends vormittags aufs Rathaus müssen, zu welcher Zeit die Frauen bekanntlich im Haushalt besonders stark in Anspruch genommen sind. Es wurde angeregt, die Ausgabe der Marken einen Tag zurückzuverlegen.

Betriebsstörung der Fernbahn Halle — Merseburg.

Infolge von Gleisauswechselungen auf einer längeren Strecke vor Schkopau mußte gestern an der Baustelle umgeleitet werden. Die Gleise konnten am Nachmittag soweit zusammengeschlossen werden, daß es möglich war, den Betrieb wieder ohne Umsteigen durchzuführen.

Tivoli-Theater.

Wie bereits mitgeteilt, geht am Donnerstag als Benefiz für die beliebte Sängerin Emmi Moser die entzückende Operette „Fatinitza" von Franz von Suppe, dem berühmten Komponisten in Szene. Es ist sehr zu empfehlen, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen. Am Sonntag findet die letzte Aufführung von „Fatinitza" statt.

Aus Provinz und Reich

Aufklärung des 600 000 Mark Juwelenraubes.

Berlin, 9. April. Der Raub, der, wie wir seinerzeit berichteten, am 17. v. Mts. am hellichten Nachmittag Ecke der Friedrichstraße und Linden verübt wurde, ist jetzt aufgeklärt. Kriminalkommissar Trettin und seinen Beamten ist es gelungen, den größten Teil der Juwelen im Werte von 600 000 Mk., die die Räuber aus dem Schubladen der Juwelenhandlung von Stoeß erbeuteten, wieder herbeizuschaffen und Räuber und Hehler hinter Schloß und Riegel zu setzen.

Die A.- und S.-Räte machen alles!

Hamburg, 5. April. Einen geradezu unerhörten Eingriff in das Schulwesen erlaubt sich der A.- und S.-Rat. Er verkündet mit „Gesetzeskraft" eine Verordnung, nach der die Schulleiter aller Hamburger Staatsschulen in Zukunft alljährlich durch das Lehrerkollegium in geheimer Wahl zu wählen sind. Die Wählbarkeit ist nicht abhängig von besonderen Prüfungen, der Schulleiter hat jein Amt ehrenamtlich zu verwalten. — Ueber die Sache an sich ließe sich ja vielleicht reden, aber wie kommt der A.- und S.-Rat dazu, in dieser Weise in das Unterrichtswesen hineinzugreifen? Wer sind seine Mitglieder und was verstehen sie von den Obliegenheiten eines Schulleiters? Auf welche Kulturstufe müssen wir hinabsinken, wenn die A.- und S.-Räte schließlich überall hineinpfuschen!

Turnen, Spiel und Sport

Fußball. — Am kommenden Sonntag wird den hiesigen Sportfreunden Gelegenheit geboten, sich ein erstklassiges Spiel anzusehen. Von der Vereinsleitung V. f. B. geht uns folgende erfreuliche Mitteilung zu:

Leipziger „Eintracht" in Merseburg.

Der Vereinsleitung des hiesigen V. f. B. ist es gelungen für kommenden Sonntag eine der vielstärksten und renommiertesten Mannschaften Mitteldeutschlands „Eintracht-Leipzig" nach hier zu verpflichten.

Pokalspiele in Halle. — Einen ausführlichen Bericht über das Spiel V. f. B.-Merseburg — Favorit-Helle ging uns zu, den wir hiermit zur Kenntnis unser Sportler bringen.

Im Pokalspiel in der Zwischenrunde unterlagen am vergangenen Sonntag die hiesigen Bewegungsspieler nach 2 stündiger Spielbauer Favorit-Halle mit 2:1. — Beide Mannschaften zeigten durchweg nur gutes Können und lieferten sich von Anfang bis zu Ende einen harten und äußerst spannenden Kampf, dessen Ergebnis eben so gut einen Sieg der Bewegungsspieler verzeichnen konnte, doch erwies sich die Favorit-Mannschaft als die glücklichere. In der 17. Minute erzielten die Bewegungsspieler die Führung, indem Rost eine Ecke von links tadellos verwandelt. Das Tor war eine Prachtleistung von Rost und wohl das schönste des Tages. Bis zur Halbzeit kann Favorit einen Fehler der Blau-Weißen Verteidigung ausnutzen und gleichziehen. Bei dem Stande von 1:1 werden die Seiten gewechselt und auch bei Schluß der regulären Spielzeit hat sich daran noch nichts geändert. Trotzdem sich in der Verlängerung die Bewegungsspieler nochmals tüchtig anstrengen und vor allen Dingen der Flügel Poetz, Thon II, Rost unwiderstehlich nach vorn drängt, blüht ihnen doch kein Erfolg mehr, während Favorit noch zu einem billigen Erfolg kommt und damit den hiesigen diese ehrenvolle Niederlage beibringt. —

Verschiedenes. — Der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen setzte in einer Sitzung des Stadion-Ausschusses die Termine für die diesjährigen Stadions-Veranstaltungen fest. Danach finden das Poddiesski-Fest am 15. Juni, das Hindenburg-Fest am 20. Juli statt. Für den 29. Juni und den 10. August sind gemeinsame Sportfeste der Berliner Gaue der Deutschen Sportbehörde, für Schwimmer, Radfahrer u. a. sportliche Verbände festgesetzt. — Jockei A. Reith, der im Herbst 1917 im Karlshorster Hürdenrennen mit Gustram schwer zu Fall kam und nach seiner Genesung nicht wieder in den Sattel stieg, ist jetzt wieder um eine Reitlizenz eingekommen. Reith hat vom Unterkuhlin eine bedingte Lizenz erhalten, darf also nur für den Stall des Trainers C. Fesler reiten.

Letzte Depeschen

Verhandlungen Wilsons mit Lenin.

Rotterdam, 9. April. (Eig. Drahtber.). Aus Paris wird gemeldet: Es bestätigt sich, daß Wilson durch eine Mittelsperson, den Amerikaner Bullit, mit Lenin in Verhandlungen einzutreten versuchte. Der Amerikaner brachte mehrere Vorschläge nach Paris mit. Lenin verpflichtete sich, die Annullierung der russischen Staatsschulden um den Preis der Anerkennung seiner Regierung durch den Vierverband zu widerrufen, jede bolschewistische Propaganda zu suspendieren und die bolschewistischen Truppen aus den an Rußland angrenzenden Gebieten zurückzuziehen.

Kämpfe zwischen Deutschen und Jugoslaven?

Laibach, 9. April. (Eig. Drahtber.). Zwischen den Deutschen und den Jugoslaven ist es nördlich von Völkermark zu heftigen Kämpfen gekommen. Deutsche Artillerie feuerte auf Völkermark. Viele Häuser in der Stadt wurden durch Volltreffer schwer beschädigt. Auch Traunstein wird von deutschen Geschützen beschossen. Die Jugoslaven erbeuteten wie gemeldet wird, Geschütze und Maschinengewehre und machten zahlreiche Gefangene.

Solingen muß 25 000 Mark Geldbuße zahlen.

Solingen, 9. April. (Eig. Drahtber.). Die britischen Behörden legten der Stadt Solingen eine Buße von 25 000 Mark auf, weil in einigen Straßen auf britische Offiziere geschossen worden ist. Sobald der oder die Täter festgestellt sind, soll die Stadt den Betrag zurückerhalten.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Geschäftliches.

Faules Heu.

Die Heuernte war glänzend ausgefallen. Die Bodenräume wurden mit reichem Segen vollgepfropft. Dann kam der Spätherbst mit Wind und Wetter und Sorge: Wird es möglich sein, das trocken in die Scheuer gebrachte Heu vor dem Verderben zu bewahren, wenn Regenschauer vom Himmel herabfallen? Die Dächer sind nur mürbäftig instand gesetzt, und rieselt der Regen zwischen den Fugen durch so bezieht die Gefahr der Verderbnis für die Heuernte.

Dieser Sorgen kann der Landmann los und ledig sein, wenn er Vorsorge trifft, daß seine Gebäude gut eingedeckt werden. Bei der heutigen Ziegelknappheit erscheint dies nicht so einfach. Die nimmer rastende deutsche Industrie, auch durch den Krieg ihrer Tatkraft nicht beraubt, hat Abhilfe geschaffen in Form des Zementdachsteins, der einen vollwertigen Ersatz für den gebrannten Ziegel bietet.

JEDE SORGE
wegen
schadhafter Dächer
beseitigt
AMBI, Abt. II
Charlottenburg 9

Die Ambi-Dachstein-Maschine, wie sie von einer Charlottenburger Firma auf den Markt gebracht wird, bietet sichere Gewähr für Zuverlässigkeit bei der Erzeugung der Dachsteine. Trotzdem die Maschine von Hand betrieben wird, also weder Elektrizität noch Dampfkraft erfordert, fallen die Dachsteine Stück für Stück gleichmäßig und tadellos wasserundurchlässig aus. Jedermann kann die Bedienung leicht erlernen; selbst Frauen sind dazu imstande. Das Material für die Dachsteine ist überall leicht zu beschaffen, bei ländlichen Baustellen gewöhnlich vorhanden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190410-11/fragment/page=0003

Am Sonntag, den 6. April verschied nach kurzem Krankenlager in Halle

Frau

Ober-Regierungs-Rat Bolze,

geb. Stürcke.

Ihr Heimgang ist ein schmerzlicher Verlust für den Mobilmachungs-Ausschuß vom Roten Kreuz und den Vaterländischen Frauen-Verein Merseburg-Stadt, in deren beider Vorstand sie eine hervorragende Stelle einnahm. Nach segensreicher Friedensfürsorge im Vaterländischen Frauen-Verein setzte sie nach Ausbruch des Krieges ihre ganze Kraft für die Linderung der Kriegsnot ein. Mit seltener Umsicht, Tatkraft und Schaffensfreudigkeit übernahm sie mehrere schwierige Aemter, u. a. die Versorgung der Truppen und Kriegsgefangenen mit Liebesgaben und Weihnachtsgeschenken. Zahllosen Kriegsteilnehmern hat sie in unermüdlicher Arbeit persönliche Freude bereitet, wie sie sich überall durch ihre Selbstlosigkeit, herzenswarme Liebenswürdigkeit und sonnige frische nur Freunde erwarb.

In tiefster Trauer und innigster Dankbarkeit gedenken wir der Entschlafenen, die uns als ein leuchtendes Beispiel in dauernder Erinnerung bleiben wird.

Der Mobilmachungsausschuß vom Roten Kreuz.

Geschäftsschließung.

Dem Milchhändler Max Schmidt und seiner Ehefrau Amalie geb. Kaiser in Merseburg, Steinstraße Nr. 5 ist die Ausübung seines Gewerbebetriebes als Milchverkäufer vom 10. April ds. Js. ab bis auf Weiteres wegen Unzuverlässigkeit untersagt. Gleichzeitig wird festgesetzt, daß die von d. Anordnung Betroffenen die Kosten der Veröffentlichung zu tragen haben.

Merseburg, den 8. April 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

Tagb.-Nr P. 1 1247/19.

Die Gebäude der Bäckerei u. Viehhaltung sind verkäuflich

Gefangenenlager.

Abtlg. Landwirtschaft.

Alte zerbrochene

Grammophon-Schallplatten

kauft zu höchsten Preisen

Max Schneider,

Schmalestraße 14

Ia Bohnenkaffee

ungebrannt

Lieferung nur an Private im Höchstquantum von 1 Pfd. à Mk. 16.00 einschließlich Porto gegen Voreinsendung

Erwin Ehmer,

Versandhaus HAMBURG 36.

Unter Hinweis auf die landräthliche Bekanntmachung über meine kommissarische

Ernennung zum Kreistierarzt

erlaube ich mir mitzuteilen, daß ich

Privat-Praxis

ausübe.

Tel. 28. **Dr. Lütje.**

Sprechstunde 8—9 Uhr vorm. — Hallesche Straße 10.

Ausgabe von Rübensaft gegen gleichzeitige Abgabe von Bezugschein und Quittung Nr. 56

vom Mittwoch, den 16 April 1919 ab.

Für die Zeit vom 14. bis 20 April 1919 werden auf den Kopf der Bevölkerung 200 Gr. Rübensaft zum Preise von 28 Pfg. zugeteilt. Die Ausgabe erfolgt von Mittwoch, den 16. April 1919 ab in nachstehenden Geschäften:

Funke, Markt,
Teichmann, Unteraltenburg,
Trommer, Unteraltenburg,
Meyer, Annenstraße,
Kundt, Friedrichstraße,
Kämmerer, Schmalestraße,
Hesse, Neumarkt,
Schiller, Benenien,
R. Fuß, Breitestraße,
Eckardt, Gotthardtstraße,
Bötzger, Sand,
Artus, Lauchstedterstraße,
Steuer, Roter Feldweg,
Schurig, Obere Breitestraße,
A. Schulz, Weiße Mauer,
Consumverein an der Geisel
Consumverein, Neumarkt,
Eitner, Markt,
Körtertzsch, Gotthardtstraße,
Fischer, Weißenfelserstraße.

Die Verkaufsstellen haben die eingenommenen Bezugscheine und Quittungen am Mittwoch, den 23. April 1919, bis mittags 12 Uhr, an die städt. Lebensmittelverteilungsstelle, Große Ritterstraße 5, abzuliefern.

Merseburg, den 8 April 1919.

L.-A. II. 976/19 Das städtische Lebensmittelamt.

Kriegsanleihen u. Schatzanweisungen

kauft u. verkauft spesenfrei

Robert Rosenberg,

Bankgeschäft, Halle a. S.,

Leipziger Str. 76 Telephon 3366

II. Schnee Nachfl.

Erstklassiges Spezialgeschäft für Strumpfwaren u. Trikotagen

Halle a. S., Gr. Steinstr. 84

Bäckermeister des Kreises Merseburg.

Versammlung

10. April, nachmittags 2 Uhr im „Schützenhaus", Merseburg.

Tagesordnung:

1. Unser Eingaben zwecks Erhöhung unseres Verdienstes.
2. Die Stillegung unserer Betriebe.

Referent: **Müller, Dürrenberg.**

Unsere Filiale in Merseburg befindet sich jetzt:

Burgstraße 13

„UNION"

Färberei und chemische Reinigungs-Anstalt

F. Geilen.

Eiserne sächsische Pflüge, Kartoffel-Furchenzieher, Markiere, Häckselschneid-Maschinen,

sowie sämtliche Ersatzteile am Lager vorrätig

Gebr. Leibicke, Eisen-Handlung.

Funkenburg.

Freitag, den 11. April, 1/2 8 Uhr:

2. grosses Militär-Konzert.

(Streichmusik).

Ausgeführt von der aktiven Regiments-Kapelle des Füs.-Regts. Nr. 3, Halle.

Leitung: Kapellmeister O. Haupt.

Solo für Xylophon . . . . . Herr Knierim.
Solo für Posaune . . . . . Herr Schröder.

Vorverkaufskarten bei Hn. Brendel, Gotthardtstraße 2, 1.-M, Abendkasse 1,25 M. Otto Trautwein.

V. f. B.

Sonnabend, den 12. April 1919 abends 8 Uhr

Versammlung

in „Ratskeller"

Ballspiel-Club „Preussen".

Donnerstag, den 10. d. Mts. abends 1/2 8 Uhr

Hauptversammlung

im Restaurant „Friedrichsburg". Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Marine-Verein der Ost- und Nordsee.

Donnerstag, den 11. d. Mts abends 8 Uhr

Versammlung

im Vereins-Lokal „Bergschlößchen."

Der Vorstand.

Ziegenzucht-Verein Merseburg u. Umgegend.

Am Freitag, den 11. ds. Mts. bei Huffziger, Hallesche Straße 73

Kleieausgabe

an sämtliche Mitglieder, soweit sie nicht bei der letzten Ausgabe Kleie erhalten haben.

Auf das vollzählige Einsenden der Deckkarten nach dem Lammen der Ziegen an den Geschäftsführer wird aufmerksam gemacht.

Für die Unterbringung und Pflege eines Zuchtbockes suchen wir möglichst im südlichen Teil der Stadt eine geeignete Stelle. Angebote an den Geschäftsführer Mäder, Halleschestraße 79 erbeten.

Der Vorstand.

Speise-Zimmer, Herren-Zimmer, Damen-Zimmer, Schlaf-Zimmer, Küchen

in einfacher bis ganz reicher Ausführung.

Große Auswahl.

Möbelfabrik

Albert Martick Nachf.

Inh. Richard Ziemer,

Halle a. S.,

Alter Markt 2.

Ia Speiseröl

Schokolade

Kakao

empfiehlt

Adler-Drogerie.

Einen Posten

Möhren- u. Zwiebel-Samen

abzugeben

Hallesche Straße 105.

Gasleitungen-Legen

sowie **Verändern**

werden sachgemäss ausgeführt

Kosten-Anschläge :: gerne zu Diensten. ::

C. Höser.

Installationsgeschäft, Markt 8

— Telefon 622. —

„Ratskeller", Merseburg.

Freitag, den 11. April 1919:

Künstler-Konzert,

ausgeführt von Solisten des Görlach-Orchesters, Halle a. S.

Anfang 7 1/4 Uhr. Otto Kießler.

Heirats-Gesuch!

Witwer, Mitte 30er, strebsamer Arbeiter, wünscht Bekanntschaft einer jungen Dame am liebsten vom Lande (Kriegerwitwe nicht ausgeschlossen). Off. unt. A. 130 zu richten an die Exp. d. Bl.

Junges Mädchen

22 Jahr., perfekt in allen Haushaltsarbeiten, Kochen, Handarbeiten usw., sucht Sommeraufenthalt gegen schlicht und schlicht, ev. Taschengeld, Familienanschl. jedoch Bedingung. Gut oder Försterei. Südharz od. Kyffhäusergeb. bevorzugt Sofort oder später.

Gefl. Offert. unt. **E. V. 129** an die Geschäftsstelle der Zeitung erbeten

Grauer Militärmantel

zu verkaufen. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

Augen auf! Sichere Existenz!

Geschäftsbücher-Verlag sucht sofort **tüchtigen Vertreter.** Angebote an Generalvertreter B. Fuchs, Leipzig, Arndtstrasse 5.

Stadttheater Halle

Donnerstag, 7 Uhr: **Der Barbier v. Sevilla.**

Freitag, 7 Uhr: **Elsebill.**

Tivoli-Theater

Merseburg.

Dir.: **Arthur Dechant.**

Donnerstag, den 10. April abends 1/2 8 Uhr:

Gastspiel Ludwig Heine.

Venezia für Emmi Moser.

Fatinitza.

Operette in 3 Akten von Franz von Suppé.

Sonntag, den 13. April abends 1/2 8 Uhr:

Gastspiel Ludwig Heine.

Fatinitza.

Operette in 3 Akten von Franz von Suppé.

Seidene Damen-Mäntel

in sehr grosser Farben-Auswahl,

guten Stoffen, allen Grössen und den verschiedensten Macharten

empfiehlt preiswert

H. Schnee Nachfolger

HALLE a. S. A. & F. Ebermann Gr. Steinstr. 84

Sicheren Verdienst

können Leute aller Berufsarten auch als Nebenbeschäftigung, insbesondere auch **heimgekehrte Krieger u. Invalide** erwerben durch Uebernahme einer Absatzstelle

Seiler & Uhlig

Crimmitschau/Sa.

Jacket und Weste

sowie 2 weiße Jacken, für Kellner passend, zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Frau zum Ausbessern der Wäsche gesucht (in oder außer dem Hause. Wo? zu erfragen in der Exp. d. Bltt.

Friedrich Schultze, Bankhaus, Merseburg, gegründet 1862.

Fernsprecher 64. Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Leipzig 4727.

Ausführung aller ins Bankfach schlagenden Geschäfte. | Eröffnung laufender Bankkonten zur Unterstützung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. | Scheck-Formulare stehen an meiner Kasse zur Verfügung.

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und prov. Teil: Hanns Lotz, Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: E. Baltz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt E. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190410-11/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 76 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Donnerstag, den 10. April 1919.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Eine Milliarden-Anleihe aus Amerika.

Aus führenden Finanzkreisen erfährt unser Berliner Vertreter:

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß uns in aller Kürze seitens amerikanischer Finanzkreise eine Anleihe in Höhe von rund vierzig Milliarden gewährt werden wird, deren Verzinsung so günstig gestaltet ist, daß sie es uns ermöglicht, die Anleihe aufzunehmen, ohne dem Reich unerträgliche Lasten aufzubürden. Die Anleihe soll in erster Linie dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands dienen, der auch von Amerika im Interesse der Weltwirtschaft gewünscht wird, und es soll auf diese Weise ermöglicht werden, Deutschland die dringlichst benötigten Rohstoffe für seine Industrie einzuführen. Aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch ist die in Aussicht genommene finanzielle Transaktion von allergrößter Bedeutung, weil auf diesem Wege die Wiederannäherung Deutschlands an Amerika am aussichtsreichsten gefördert werden kann.

Amerika hat, wie gesagt, ein wohlverstandenes Interesse an der wirtschaftlichen Erholung Deutschlands und am Wiederaufbau des deutschen Marktes. Amerika braucht seinerseits deutsche Produkte, namentlich Kali, und es ist ferner auf die Erzeugnisse der deutschen chemischen Industrie angewiesen, für die sich während des Krieges ein Ersatz hat nicht finden lassen. Andererseits fürchtet Amerika (und zwar nicht mit Unrecht) ein Vorherrschen Englands auf dem deutschen Wirtschaftsmarkt und damit ein Erstarken der englischen Wirtschaftskraft überhaupt, die sich nach dem wirtschaftlichen Sieg des Dollars über das Pfund Sterling im Weltkrieg in Amerika um so peinlicher bemerkbar machen würde. Die Anleihe gibt Amerika die Möglichkeit, sich auf dem deutschen Wirtschaftsmarkt in gewisser Hinsicht die Vorherrschaft zu sichern und die Einfuhr der von ihm benötigten Rohstoffe und chemischen Erzeugnisse vertraglich festzulegen. Für uns würde das Anleihegeschäft politisch den Vorteil bedeuten, daß dann Amerika ein starkes materielles Interesse daran hat, seinen Schuldner durch unerträgliche Friedensbedingungen nicht derart schwächen zu lassen, daß seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Frage gestellt wird. Die Verhandlungen über die Transaktion sind bereits soweit gediehen, daß mit dem formellen Abschluß bereits in allernächster Zeit gerechnet werden darf — wenn nicht innerpolitische Ereignisse bei uns das Vertrauen des Auslandes zu uns ins Wanken bringen.

Bergarbeiter gegen den Sechsstundentag.

Eine in Bielefeld tagende Bergarbeiterkonferenz aus ganz Deutschland, in der Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Kommunisten anwesend waren, lehnte mit 71 gegen 5 Stimmen grundsätzlich den Sechsstundentag für die Bergarbeiter auf Grund internationaler Abmachungen ab. Für Deutschland seien gegenwärtig die durch seine Einführung entstehenden Schädigungen für die Allgemeinheit zu groß.

Es darf nicht wild sozialisiert werden.

In einer Klage des Vereins der Braunschweigischen Metallindustriellen gegen die braunschweigische Landesregierung, speziell gegen die Volkskommissare Oerter und Eckardt, hat, wie die „Braunschweigische Landeszeitung" berichtet, das Oberlandesgericht als Berufungsinstanz, nachdem das Landgericht eine bezügliche Klage abgewiesen hatte, entschieden: 1. daß die Beklagte der Firma Amme, Giesecke & Konegen, Aktiengesellschaft, den Schaden zu ersetzen habe, welcher ihr durch Aufhebung der Akkordarbeit und Einführung der Lohnarbeit unter Mitwirkung der Volkskommissare Oerter und Eckardt entstanden ist; 2. ist der Firma Jüdel, A.-G., der Schaden zu ersetzen, der durch Einsetzung eines Betriebsrates, dem die Leitung des technischen und kaufmännischen Betriebes sowie die Verteilung des Reingewinns übertragen war, entstanden ist. Das Urteil betont, daß ein derartiger Eingriff in die Rechte einzelner Firmen ungesetzlich sei und vor allem wider das Reichsgesetz verstoße. Die Regierung sei daher nicht befugt, auch nicht in Zukunft, über das Reichsgesetz hinwegzugehen, welches die Sozialisierungsrechte scharf umgrenze.

Vom Auslande

Dauernde Wehrpflicht in den Vereinigten Staaten.

Dem Büro „Europa Preß" wird aus Newyork gemeldet, daß das amerikanische Kriegsministerium eine Vorlage zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ausgearbeitet habe, die schon in den nächsten Tagen dem Kongreß vorgelegt werden soll. (Die Nachricht ist wohl bestätigungsbedürftig.)

Zum Bau des Kanaltunnels.

Nach Meldungen aus London wurde in seiner Sitzung der Unterhauskommission für den Bau des Kanaltunnels mitgeteilt, daß 310 Stimmen für die Förderung des Projekts sind. Sir Arthur Fell erklärte, daß der Tunnel gemeinschaftliches Eigentum von England und Frankreich werden soll.

Russisches Revolutionskomplott in London entdeckt.

Aus London wird gemeldet: In dem östlichen Londoner Stadtviertel wurden von der britischen Behörde 800 Russen festgenommen und zwangsweise nach Rußland deportiert. Die Regierung deckte ein Komplott auf, welches die Revolution in England als Ziel hatte und wobei die Russen die Führer waren.

Persönliches von Lenin und Trotzki

ck. „Bolschewisten-Porträte" zeichnet ein Mitarbeiter der „Times", der die gegenwärtigen Beherrscher Rußlands augenscheinlich aus intimer Bekanntschaft kennt, und zwar sind Lenin und Trotzki die beiden ersten Objekte seiner Schilderungskunst. Wir erfahren dabei manche bisher unbekannten persönlichen Züge von diesen beiden Männern, die eine so große Rolle in der Weltgeschichte von heute spielen. Lenins Aeußeres zeigt nichts von seiner geistigen Bedeutung. „Klein von Figur, ziemlich plump, mit kurzem dicken Hals, breiten Schultern, rundem, rotem Gesicht einer hohen Stirn, Glatzkopf, aufgestülpter Nase, bräunlichem Schnurrbart und kurzem struppigen Backenbart — so sieht er auf den ersten Blick mehr wie ein Provinzkaufmann aus, als wie ein Führer der Massen. Und doch lebt bei näherem Zusehen etwas in diesen stahlharten grauen Augen, das einen festhält, etwas in diesem forschenden, halb verächtlichen und halb lächelnden Blick, das von geistiger Ueberlegenheit und einem unmäßigen Selbstbewußtsein spricht . . . Niemand, der jemals bei einem Bolschewistenkongreß zugegen war, kann daran zweifeln, daß er die eigentlich treibende Kraft der bolschewistischen Bewegung ist. In den zahllosen politischen Krisen, durch die die Bolschewisten während ihrer Herrschaft über Rußland hindurchgegangen sind, war es Lenins Geist, der immer und immer wieder den fast unvermeidlichen Zusammenbruch abwendete und die Partei wieder aufrichtete, die zeitweise schon Kopf und Herz verloren hatt. In der Debatte ist er ein unwiderstehlicher Dialektiker, der seine Gegner mit seinem stets gleichmäßigen und heiteren Temperament aus der Fassung bringt. Politiker mit langjähriger Erfahrung würden verblüfft werden durch die manchmal geradezu wahnsinnigen Fragen, die unwissende Delegierte auf den Bolschewistenkongressen stellen. Lenin ist stets geistesgegenwärtig. Er ist seiner so sicher, wie ein Schulmeister vor einer Klasse kleiner Jungen. Ein Delegierter tut eine unmögliche Frage über das Recht der Selbstbestimmung, und wie ein Blitz kommt Lenins Antwort: „Ein Narr kann in einer Minute mehr fragen, als zehn Weise in einem Tage antworten können." Und, wie Schuljungen bei einem Zauberkunststück, klatscht die Versammlung in die Hände und grinst vor Vergnügen. Es läßt sich kein größerer Gegensatz denken, als der, der zwischen Lenin und Trotzki besteht. „Während Lenin nichts Auffälliges an sich hat, ist Trotzki mit seiner langen vorspringenden Nase, seinen feurigen schwarzen Augen, seiner hohen, von Massen schwarzen lockigen Haares überschatteten Stirn, einem Spitzbart und seinen dicken, grausamen, vortretenden Lippen die Verkörperung eines Revolutionärs, wie er im Buche steht. Lenin ist in seinen Theorien stets konsequent gewesen, stets der ingrimmigste Feind des Kapitalismus und der Verfechter der radikalsten Marxismus. Trotzki hat viele Wandlungen durchgemacht und ist von seinen jetzigen Amtsgenossen hart befehdet worden. Nach der großen Zersplitterung der russischen sozialdemokratischen Partei saß Trotzki bei den Menschewisten. Da er nicht wußte, welche Partei die Oberhand behalten würde, gründete er eine eigene kleine Partei, die sog. „Trotzkisten", die zwischen den Menschewisten und Bolschewisten den Mittelkurs hielten. Dieser Opportunismus wurde von Lenin streng verurteilt, und während des Krieges beschuldigte er Trotzki sogar des Chauvinismus. So schrieb er im Juli 1915 in seinem „Sozialdemokraten": „Trotzki ist zwar im Prinzip gegen die Sozial-Chauvinisten, aber in der Praxis geht er mit ihnen zusammen." Und einige Monate später: „Trotzki hat aus dem Kriege nichts gelernt. Er bleibt ein Trotzkist. Wie er früher mit den sozialistischen Kompromißlern zusammenarbeitete, so steht er heute auf Seiten der sozialistischen Patrioten." Nunmehr hat sich Trotzki ganz der bolschewistischen Sache ergeben, aber man kann nicht sagen, daß er dieselbe strenge politische Weltanschauung wie Lenin hat. Während Lenin fast temperamentlos ist, ist Trotzki ganz Feuer und Leidenschaft; er hat etwas vom Künstler und braucht sich an theatralischen Heldengesten. Als Redner ist er ein machtvoller Demagoge, der seine Worte mit wilder Leidenschaft hervorzischt. Aber er kann sein Temperament angesichts seiner starken Opposition verlieren und läßt sich zum Mißbrauch seiner Gewalt hinreißen. Man erzählt sich viele häßliche Dinge aus seinem Privatleben und seinen geschäftlichen Machenschaften. Wenn diese Geschichten auch unwahr sein mögen, so zeigen sie doch jedenfalls, was man ihm im Gegensatz zu Lenin zutraut. Stets sehr sorgfältig gekleidet und mit gepflegten Nägeln, ist er der eleganteste aller bolschewistischen Kommissare. Eitel und Schmeicheleien leicht zugänglich, zeigt er sich gern in der Oeffentlichkeit. Die Art, wie Kerenski vor der Roten Armee erschien, nachahmend, trägt er eine Phantasieuniform von Khaki, und sogar seine Freunde spötteln über seine napoleonischen Allüren."

Aus Stadt und Umgebung

Ueber die Beschaffenheit des amerikanischen Weizenmehls,

von dem bisher rund 30 000 Zentner in Hamburg angekommen sind, kann der „Vorwärts" mitteilen: „Das Mehl ist aus bestem Weizen hergestellt, niedrig ausgemahlen, von großer Weiße und nach fachmännischem Urteil von vorzüglicher Qualität; es übertrifft un'er bestes Kaiserauszugsmehl bei weitem, verspricht eine große Backausbeute. Seiner ausgezeichneten Beschaffenheit wegen eignet es sich in hohem Maße zur Besserung unseres Kriegsmehles durch Mischung mit diesem, eine umgekehrte Streckung, die wir uns gern gefallen lassen können. Voraussichtlich wird der Mehlpreis zwischen 90 und 1,05 Mk. für das Pfund liegen."

Freigabe von Kleiderstoffen.

Für 75 Millionen Kleiderstoffe sind aus den Heeresbeständen für den freien Handel und das Handwerk freigegeben worden. Durch Vermittlung der Reichs-Textil-Aktiengesellschaft ist über die Hälfte bereits von den Verbänden abgenommen. Der Rest wird gleichfalls abgesetzt, so daß sich demnächst die Zufuhr an Stoff beim Verbrauch bemerkbar machen muß. Die Stoffe sollen zu Preisen veräußert werden, die niedriger als die Preise der sonst im Inlande vorhandenen oder neu herzustellenden Stoffe sein werden.

Wäsche aus Heeresbeständen für die Kommunalverbände

Die Reichs-Textil-Aktiengesellschaft hat verfügt, daß die gesamte freiwerdende gebrauchte Wäsche aus Heeresbeständen, insbesondere auch Lazarettwäsche, den Kommunalverbänden zum Kauf anzubieten ist. Die Uebernahme der Ware hat so zu erfolgen, wie sie steht und liegt, eine Gewähr für Sachmängel wird nicht geleistet und die Uebernahme hat zu dem von dem Sachverständigen der Reichs-Textil-Aktiengesellschaft festzusetzenden Schätzungspreise zu erfolgen. Die Kommunalverbände haben aus den übernommenen Beständen in erster Linie den augenblicklichen Bedarf der in ihren Bezirken liegenden Kranken- und Irrenanstalten, sowie der Seuchen-, Tuberkulosen- und sonstigen Fürsorgeanstalten und bei ausreichender Menge auch den der konzessionierten Privatheilanstalten zu decken. Der verbleibende Rest ist von den Kommunalverbänden zur Versorgung ihrer bedürftigen Bevölkerung sowie für die offene Armen- und Waisenpflege zu verwenden. Die Verwertung der Ware durch die Kommunalverbände soll so erfolgen, daß ein Reingewinn von ihnen nicht erzielt wird.

Die neuen Briefmarken.

Die neuen Erinnerungsmarken an die Nationalversammlung kommen in den Werten zu 10, 15 und 25 Pfennig zur Ausgabe. Diese werden jetzt am meisten gebraucht, ohne daß ausreichende Vorräte zur Verfügung stehen. Diese Marken werden in der Reichsdruckerei unter Mitwirkung der Künstler in einfarbigem Buchdruck hergestellt. Die Herstellung des Druckstockes ist der schwierigste Teil der Aufgabe und verlangt besonders geschickte, jahrelang geübte Hand. Die neuen Marken werden etwas größer als die jetzigen, 25 : 31 statt 22 : 26 Millimeter. Für die Farben sind die Versuche noch nicht abgeschlossen. Die Marke zu 10 Pfg. zeigt das Bild einer Eiche nach dem Entwurf von Hugo Frank, der bei dem Wettbewerb den 3. Preis erhalten hat. Die 15 Pfg. Marke gibt einen Eichenstumpf mit jungen Trieben nach dem Entwurf von Ernst Böhm in Charlottenburg wieder, der den ersten Preis bekommen hat. Die Marke zu 25 Pfg. stellt einen knienden Bauhandwerker dar, nach dem preisgekrönten Entwurf von Georg A. Manthey in Berlin. Es sind dies die ersten Gelegenheitsmarken der Reichspost.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Nächtliche Ueberfälle.

Keuschberg-Dürrenberg, 8 April. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde auf das Karl Prietzschen Grundstück am Godbulaer Wege ein Ueberfall versucht. Durch Wachsamkeit des Hundes aufgeweckt, gelang es dem Besitzer, die Diebe zu verscheuchen. Dabei wurden auf B. fünf Schüsse abgegeben, glücklicherweise ohne zu treffen. — Schon vor acht Tagen sind bei einem Diebstahlsversuch in Baldiz auf den Einwohner Gotschalk drei Schüsse abgegeben worden; auch hier zum Glück ohne zu treffen. — Dieser Tage ist auch bei dem Fellhändler M. Schmidt hier ein Einbruch verübt worden, wobei den Dieben allerlei Eßwaren in die Hände gefallen sein sollen. Nach alledem ist es dringend notwendig, auch hier bald eine Sicherungswache zu bilden.

Selbstmord, — Leichenlandung.

Halle, 8. April. Am Sonntag früh verübte eine 68 jährige Witwe in ihrer Wohnung in der Uhlandstraße Selbstmord durch Einatmung von Leuchtgas. Der Grund zur Tat dürfte ein unheilbares Leiden sein. — Mittags wurde hinter dem Amtsgarten eine etwa 30 bis 35 Jahre alte unbekannte weibliche Leiche aus der Saale gezogen.

Aus Provinz und Reich

Neuer Gemeinderat.

Jena, 5. April. Der neue Gemeinderat, der sich aus 22 Sozialdemokraten und 18 Bürgerlichen zusammensetzt, hielt seine erste Sitzung ab. Während Redakteur Faber (Soz.) auch mit den Stimmen der Bürgerlichen zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde, ließen die Sozialdemokraten die Ansprüche der Bürgerlichen auf einen Sitz im Präsidium unberücksichtigt! Sie wählten zum 2. Vorsitzenden den Geschäftsführer Pfeuffer, zum dritten Vorsitzenden den Mechaniker Hartmann, letzteren als Vertreter der unabhängigen Fraktion, die nur vier Sitze innehat.

Arbeiterräte gegen den Abbau der Zwangswirtschaft.

Jena, 8. April. Die Versammlung der Arbeiterräte der Thüringer Freistaaten, die sich mit der Beschlagnahme und Zuteilung von Lebensmitteln befaßte, vertrat die Ansicht, daß, solange nicht die Lebensmittel in größeren Mengen vorhanden sind, ein Abbau der Zwangswirtschaft nicht stattfinden darf.

Bau einer Notbrücke.

Salzwedel, 8. April. In der Stadtverordnetenversammlung wurde der Bau einer Notbrücke über die Jeetze besprochen, der im Sommer ausgeführt werden soll. Den städtischen Beamten wurden Teuerungszulagen gewährt.

Raubmord.

Goslar, 5. April. Der Besitzer der Naturheilanstalt Sofienhöhe Hamke wurde in letzter Nacht vor seinem Hause an der Straßenböschung mit eingeschlagenem Schädel und einer Schlinge um den Hals tot aufgefunden. Die Sofienhöhe lag etwas abseits im Verkehr. Der Mörder hat bei seinem Ueberfall sicher Geld bei seinem Opfer vermutet. Uhr und Wertsachen fehlten, ebenfalls noch Spuren von dem Täter.

Luxuslokale in Berlin geschlossen.

Die Tag für Tag überhandnehmenden Preisüberschreitungen in den Berliner Konzertcafes und Kabaretts hat die Handelserlaubnisstelle des Berliner Polizeipräsidiums veranlaßt, 42 solcher Gaststätten, zumeist großen und bekannten Luxuslokalen, die Erlaubnis zur Abgabe von Speise und Getränken zu entziehen, wodurch nach der Mitteilung aus Gastwirtskreisen mindestens 12 000 Personen brotlos werden (?). Diese Maßnahme hat zu großen Erregungen geführt. Der Verband der Berliner Kaffeehausbesitzer hat gegen die Verfügung Stellung genommen.

Ein Schwerverbrecher entkommen.

Breslau, 7 April. Aus Hindenburg wird gemeldet: Der im Knappschaftslazarett Bielschowitz untergebrachte Schwerverbrecher Hajok aus Zaborze, der von der Polizei angeschossen wurde, ist in der vorletzten Nacht nach dem „Oberschlesischen Wanderer" von zwölf mit Revolvern bewaffneten Leuten aus dem Lazarett befreit worden. Hajok und die Bande entkamen.

Bunte Zeitung

Der Kultus der alten Teppiche.

d. Die Preissteigerung, die sich ja auf allen Gebieten und besonders auch auf dem Kunstmarkt geltend macht, ist aber doch wohl nirgends so deutlich hervorgetreten wie bei den Summen, die für alte persische und türkische Teppiche gezahlt werden. Wird schon der gewöhnliche orientalische Teppich, der früher eine durchaus erschwingliche und häufige Ware war, gegenwärtig zu einer seltenen Kostbarkeit, so treibt man mit alten und besonders schönen Stücken einen Kultus. Die Erklärung dafür liegt nicht in den allgemeinen Verhältnissen, sondern auch in der Tatsache, daß der früher so schwunghafte Handel mit orientalischen Teppichen völlig aufgehört hat. Selbst in Aegypten sind schöne Teppiche eine Seltenheit, wie Eduard W. Gregory in einem Aufsatz über den heutigen Teppichmarkt ausführt. Persische und türkische Stücke kommen nicht mehr wie früher mit großen Kamelkarawanen nach Aegypten, und die Händler fordern für ein Stück echten Bokhara in der Größe eines Taschentuches 600 Mark und mehr. Es ist gar keine Seltenheit, wenn jetzt ein wundervolles Stück, wie ein Perserteppich des 16. Jahrhunderts, in London mit 12 000 Pfund bezahlt wird, einer Summe, die nach Friedenskurs bei uns 240 000 Mk. betragen würde, in Wirklichkeit jetzt aber viel größer ist. Eines der edelsten Werke der orientalischen Teppichknüpferei, der heilige Teppich von Ardebil, der sich im Londoner Viktoria- und Albert-Museum befindet, brachte im Jahre 1893 2500 Pfund, und diese Summe wurde damals für ungeheuer angesehen. Heute bekommt man für diesen Preis keinen großen Wandteppich mehr, sondern nur noch ein mittelgutes Stück von mäßiger Größe, und für einen Teppich, der gerade als Bettvorleger dienen kann, werden ein paar hundert Pfund bezahlt. Dabei sind die Teppiche, die heute diese Preise erzielen, nicht mehr seltene Stücke, sondern nur gute Durchschnittsware. Es wird eben ein wahrer Kult mit Teppichen getrieben, der religiösen Andacht vergleichbar, mit der der Mohammedaner die heiligen Teppiche seiner Moscheen betrachtet. Wenn uns heute ein Sammler zu seinen Teppichen führt, so tut er es mit ebenso feierlichen Zeremonie wie der gläubige Verehrer Allahs, der uns auf die Schönheiten des Marmorfußbodens in der Omar-Moschee in Jerusalem aufmerksam macht. Man muß Pantoffeln über die Schuhe ziehen, bevor man sich auf diesen erlesenen Stücken bewegen darf. Der moderne Teppich-Verehrer geht aber noch weiter, indem er seine Kostbarkeiten der Entweihung durch den menschlichen Fuß überhaupt nicht aussetzt. So hat z. B. ein amerikanischer Sammler sich eine Teppichgallerie eingerichtet, wie man sonst eine Gemäldegallerie hat. Alle Perser sind unter Glas und Rahmen und leuchten mit ihren wundervollen Farben wie expressionistische Gemälde von den Wänden. Dieses Beispiel, das den Kunstwert der Teppiche klar zur Anschauung bringt, findet immer mehr Nachahmung.

Der Roman befindet sich auf der nächsten Seite.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190410-11/fragment/page=0005

Die Ehre der Treuendorfs.

Roman von Lola Stein.

9] (Nachdruck verboten).

„Ich kann dir nicht helfen, ohne meine eigene Existenz zugrunde zu richten, Erich! Und das will ich nicht. Kann ich nicht!"

Es hatte so bestimmt und fest geklungen, daß der Jüngere in fassungslosem Schreck aufsprang, und auf Joachim zuerste. Er legte ihm die Hand auf die Schulter, sah ihn beschwörend an, stammelte:

„Du mußt mir helfen, um Gottes willen, Joachim, höre mich, du mußt!"

„Das meinst du, weil ich es immer tat bisher. Oft schweren Herzens, unter Entbehrungen und Sorgen. Schlaflose Nächte habe ich um dich gehabt und sorgenschwere Tage! Aber nun ist es zu Ende! Die zehntausend Mark hätte ich bezahlt, wovon, ich weiß es nicht! Das letzte Stück Wald, was mein ist, sollte dran glauben! Aber alles? Ich kann es nicht, Erich, wenn ich es wollte, ich kann es nicht! Ich sehe keinen Weg!"

Erich von Treuendorf starrte den Bruder an aus weitgeöffneten Augen.

„Du willst mich allein lassen — in dieser schwersten Not meines Lebens?"

„Sage nicht Not, sage Schuld!"

„Wenn du das willst, nenne ich es so! Ja, ich leugne es nicht, ich bin schuldig, aber doch nicht so, wie Gerlach mich hinstellte und nun auch du! Ich bin doch kein Verbrecher!"

„Doch, Erich, du bist es!"

„Nein," schrie er auf, „tausendmal nein! Aus Leichtsinn habe ich gehandelt, aus Unbedacht, nenne es so, wie du willst! Worte büßen ja nicht! Aber ich wollte nicht schlecht sein. Joachim, glaube mir das! Du mußt es mir glauben! Ich wollte dich nicht hineinziehen in diese Sache, du hältest sie nie erfahren, wenn das Schicksal mir nicht diesen Streich gespielt! Ich konnte doch mit Ediths Vermögen rechnen, es hätte mir doch gehört! Ich war leichtsinnig, maßlos unbedacht, ich war wohl auch schlecht! Aber so schlecht doch nicht, doch nicht so erbärmlich, daß du mich nun verlassen willst, mich hinabstoßen willst in des Lebens schrecklichste Tiefen. Großer Gott, Joachim, Joachim, das kann dein Ernst nicht sein!"

Joachim von Treuendorf saß noch immer in seinem Sessel, müde und gebrochen, und er dachte der Todesstunde der Mutter und des Versprechens, das er der sterbenden Frau damals gegeben, das sie von ihm verlangt in ihren letzten bewußten Augenblicken: niemals, was auch je kommen möge, Erich im Stich zu lassen, ihm stets und stets ein Freund zu sein, ein Bruder.

Sein Versprechen mußte er halten.

Nicht des haltlosen, leichtsinnigen Menschen wegen, der sich da gebrochen und völlig verzweifelt vor seinen Augen wand.

Aber — weil sie aus demselben Geschlecht waren. Weil er sein Wort nicht brechen durfte und konnte. Und weil kein Makel fallen sollte — solange er es hindern konnte — auf den blanken Ehrenschild der Treuendorfs.

Er erhob sich mühsam, stand nun neben dem Bruder, sagte leise und müde:

„Erich, dir ist nicht zu helfen! Einer Natur wie dir niemals! Auf dein Glück, das dich bisher durchs Dasein geleitet, hast du vertraut, als du diese Schulden machtest. Nun hat es dich schmählich im Stich gelassen. Aber wieder würdest du auf Glücksfälle vertrauen wenn dir diesmal in zwölfter Stunde geholfen würde! Du würdest dich nicht ändern!"

„Ich würde es, Joachim, ich schwöre es dir! Glaube mir, diese Tage gehen nicht spurlos an mir vorüber. Alles würde anders sein in Zukunft. Alles Leichte und Frohe wäre ja fort aus meinem Leben! Edith! Und die Sorgenlosigkeit, die ich durch ihren Besitz erlangt hätte!"

„Ja, es wäre alles anders, bitter anders, Erich. Hast du schon alles bedacht? Es gibt nur einen Weg, einen einzigen, wenn ich dir helfen soll: das ist der Verkauf Treuendorfs!"

Erich sah scheu in das tiefernste Antlitz des Bruders.

„Das darf nicht sein! Treuendorf an dem du so hängst! Es muß einen anderen Weg geben.

„So nenne mir einen! Ich weiß keinen anderen. Treuendorf verkaufen als Erstes. Dann müßtest du natürlich aus dem Staatsdienst ausscheiden. Wir beide müßten versuchen, irgendwelchen Beruf zu finden, der uns ernährt. Versicherungsagent oder dergleichen!" Er lachte schneidend auf. „Vielleicht auch Kellner oder Inspektor auf irgendeinem Gut! Es gibt ja viele Möglichkeiten!"

Die starre Ruhe war von ihm gewichen, nun lebte und zitterte alles an ihm vor Erregung.

Erich von Treuendorf schüttelte das Haupt. „So geht es nicht, Joachim, so nicht! Es muß, es wird sich ein anderer Ausweg noch finden. Wenn du mir nur helfen willst, wenn du mich nur nicht im Stich läßt."

„Wenn ich mich von dir wende, dann bleibt nur das Zuchthaus für dich."

„Oder die Kugel??"

„Ja, die auch! Aber die löscht die gefälschten Unterschriften nicht aus. Der Tod wäre vielleicht für dich bequem, aber für mich? Ich müßte dann einstehen für das, was du getan!"

„Sei nicht so hart, so entsetzlich hart!"

„Soll ich dir noch danken, daß du mein Leben zerstört hast? Aber du hast recht! Worte bessern nichts. Komm, wir wollen zusammen zu Oberst von Gerlach gehen, noch einmal mit ihm sprechen. Vielleicht denkt er heute weniger hart als vor vier Tagen."

5.

Der Oberst hatte seine Stadtwohnung in der Fasanenstraße bezogen. Auch nach der großen Auseinandersetzung mit Erich war er mit den Seinen noch in Berlin geblieben. Er fühlte sich elend nach all den Erschütterungen und Aufregungen der letzten Zeit, er sehnte sich nach der frischen Luft des Landes. Aber Edith war krank geworden, lag zu Bett, apathisch und still und ohne zu sprechen. Ihre Genesung mußte abgewartet werden.

Oberst von Gerlach empfing die Brüder Treuendorf.

Er reichte Joachim die Hand, Erich beachtete er nicht. Er sagte:

„Ich habe Sie empfangen, obgleich wohl kaum noch etwas zu sagen ist zwischen uns. Aber Ihnen, Herr Joachim von Treuendorf, wollte ich eine Aussprache nicht verweigern."

Joachim neigte das Haupt. „Ich danke Ihnen, Herr Oberst, und ich bitte Sie, meinem Ehrenwort zu glauben, daß ich bis gestern völlig ahnungslos war von allem, was mein Bruder getan."

„Ihr Ehrenwort genügt mir, Herr von Treuendorf. Was aber haben Sie mir zu sagen?"

Sie beredeten nun die Angelegenheit. Erich blieb stumm. Joachim wollte vor allen Dingen wissen, ob der Oberst zu schweigen gewillt sei.

„Ich habe keine Ursache, meinen verstossenen Schwiegersohn noch unglücklicher zu machen, als er schon ist. Ich gedenke zu schweigen, solange ich von der ganzen schmutzigen Geschichte nichts sehe und höre. Werden die Wechsel, die meine Unterschrift tragen, rechtzeitig eingelöst, gut! Werden sie mir aber präsentiert, werde ich zur Zahlung gedrängt, dann kenne ich keine Rücksicht mehr, meine Herren. Dann mag Erich von Treuendorf die Konsequenzen seiner Handlungen im Zuchthaus überdenken. Für einen Mann, der schlecht genug war, mit dem Herzen meines Kindes zu spielen, rühre ich keine Hand!"

„Es ist nicht wahr," schrie Erich auf, „ich habe Edith geliebt!"

Der alte Herr lachte schneidend. „Eine seltsame Art von Liebe, das muß ich sagen! Er verspielte, verwettete, verlumpte die Mitgift seiner zukünftigen Frau, ehe er sie in den Händen hatte. Wovon wollten Sie denn eigentlich leben mit Edith? Wie? Sie haben gedacht, laß den Ollen man rausrücken, er hat ja Geld genug! Aber es gibt eine Gerechtigkeit, mein Herr von Treuendorf, es gibt einen Gott, der nicht wollte, daß ein unschuldiges, ahnungsloses Mädchen einem Lumpen in die Hände fiel!"

Erich von Treuendorf schäumte auf. „Mäßigen Sie sich, oder ich kenne mich nicht mehr! Ich vergesse Ihre grauen Haare!"

Joachim ergriff des Verzweifelten Arm. „Sei ruhig! Du hast es verwirkt, Rechenschaft zu fordern, wenn du beleidigt wirst!"

„Beleidigt!" brauste der Oberst auf. „Der Beleidigte bin ich! Mit mir, mit meiner Tochter ist ein schändliches Spiel getrieben worden."

Joachim versuchte zu vermitteln. Er wollte dem Oberst klarmachen, daß Erich trotz allem Edith geliebt, auf seine Art — gewiß — die leichtsinnig war, ohne Ernst, ohne Reife, aber dennoch geliebt! Und daß nicht Schlechtigkeit, daß nur bodenloser Leichtsinn ihn so tief sinken ließ.

Aber Herr von Gerlach blieb verschlossen und hart. Und Joachim von Treuendorf fühlte bald, daß hier nichts, nichts zu erreichen sein würde.

Da erhob er sich. Vor einer Anzeige des Obersten war Erich vorerst sicher. Um das zu erfahren, war er gekommen.

„Sie wollen die Angelegenheit Ihres Bruders ordnen, Herr von Treuendorf?" fragte der Oberst, als Joachim abschiednehmend vor ihm stand.

"Ich werde es versuchen, Herr Oberst."

Er maß ihn mit einem langen, mitleidigen Blick. „Es ist schade um Sie. Schade um Ihre Existenz. Und wissen Sie auch, was Sie wagen? Und ob Ihre Kräfte reichen werden? Treuendorf ist belastet, woher wollen Sie die Mittel nehmen?"

Joachim zuckte hoffnungslos die Achseln. „Ich weiß das alles heute noch nicht."

„Und wissen Sie denn auch, um welche Summen es sich handelt? Es geht in die Hunderttausende, mein Lieber! Sie werden blaß, Sie wanken? Ja, wußten Sie das nicht? Man hat mir Wechsel gezeigt, die im ganzen über hunderttausend Mark wert sind und die Ihre Unterschrift tragen, Herr von Treuendorf! Und dann kommt fast dieselbe Summe mit meinem Namen! Ja, mit Kleinigkeiten gab sich Ihr Bruder nicht ab! Das sind die Beträge, von denen ich weiß! Was mag nun noch in der Dunkelheit lauern?"

„Sie wissen alles", sagte Erich mit mühsamer Stimme.

„Glauben Sie ihm nicht! Er ist Gott und aller Welt verschuldet hat man mir gesagt. Hier etwas und dort etwas, Schneider und Juwelier, Gärtner und Schuster und was weiß ich! Aber wenn man es zusammenzieht, ergibt sich ein ganz nettes Sümmchen!

(Fortsetzung folgt.)

Amtliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Die Verordnung vom 13. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt 1919 Seite 67) **legt allen natürlichen Personen die Pflicht zur Aufstellung eines Vermögensverzeichnisses nach dem Stande vom 31. Dezember 1918 auf.** In dem Vermögensverzeichnisse hat der zur Aufstellung Verpflichtete sein Grundvermögen, Betriebsvermögen und Kapitalvermögen, sowie seine Schulden getrennt aufzuführen. Durch diese gesetzliche Anordnung ist lediglich Vorsorge getroffen worden, **daß die Steuerpflichtigen ihr am 31. Dezember 1919 vorhandenes Vermögen zunächst festzustellen hatten.**

Eine Pflicht zur Einreichung der aufgestellten Verzeichnisse an die Steuerbehörden besteht indes vorläufig noch nicht.

Demzufolge muß die protokollarische Aufnahme von Vermögensverzeichnissen abgelehnt werden

Mit Rücksicht auf einen heute bekannt gewordenen Erlaß des Herrn Finanz-Ministers vom 8. v. Mts II 5066 und zufolge Anweisung des Herrn Vorsitzenden der Berufungs-Kommission vom 21. v. Mts. bringe ich Vorstehendes zur öffentlichen Kenntnis.

Wie ich bereits unterm 22. v. Mts veröffentlichte, ist die **Frist zur Einreichung der Vermögensverzeichnisse allgemein bis 30. d. Mts. hinausgeschoben werden.**

Bei dieser Gelegenheit lenke ich das Interesse der Steuerpflichtigen auf ein im Verlage von **Karl Heymann, Berlin W. 8** von dem Regierungsrat im Reichsschatzamt **Dr. Holfeld** herausgegebenes Buch, welches sich wie folgt betitelt:

Die Vermögensaufstellung.

— Verordnung vom 13. Januar 1919 —

nebst Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen.

Mit Vordrucken zur Aufnahme der Vermögensaufstellung.

Jede Buchhandlung am Orte ist in der Lage das Buch zu liefern.

Merseburg, den 7 April 1919.

Der Vorsitzende der Veranlagungs-Kommission.

L.-Nr. 2/19 St. Dr. Mosle.

Bekanntmachung.

Für das Rechnungsjahr 1919 gelangen **erhöhte Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer** zur Hebung. Infolgedessen ist die Aufstellung **neuer Einkommen- und Ergänzungssteuertafeln verbunden mit Monatsbeträgen für Zu- und Abgänge** von dem Verband der mittleren Staatssteuerbeamten Preußens zum Angriff genommen worden.

Falls Bestellungen beabsichtigt werden, ersuche ich die Magistrate, Gemeinde- und Gutsvorstände und Ortsteuererheber dem Steuerbüro **sofort** mitzuteilen, wieviel Stück

Einkommensteuertafeln A

„ „ B (Aktiengesellschaften 2c.)

„ „ C (Gesellschaften m. b. H. und

Ergänzungssteuertafeln

benötigt werden. Der Preis der Tafeln wird sich bei Abnahme von

1— 5 Stück auf 1,40 ℳ das Stück

6—10 „ „ 1,30 ℳ „ „

11 und mehr 1,25 ℳ „ „

zuzüglich Porto voraussichtlich stellen.

Merseburg, den 7. April 1919.

Der Vorsitzende der Veranlagungs-Kommission.

L.-Nr. 3/19 St. Dr. Mosle.

Bekanntmachung.

betreffend Aufhebung der Eierpreise.

Die Anordnung vom 10. September 1918, betreffend Erzeugerhöchstpreise für Eier wird anläßlich des Fortfalls der öffentlichen Bewirtschaftung der Eier hiermit aufgehoben.

Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Magdeburg, den 1. April 1919.

Provinzialeierstelle — Verwaltungsabteilung.

gez. Unterschrift.

Oberregierungsrat.

Veröffentlicht:

Merseburg, den 5. April 1919.

Der kommissarische Landrat.

Dr. Mosle.

Bekanntmachung.

Schon wieder treibt ein Betrüger sein Unwesen im Kreise. Er wendet sich besonders an solche, welche einen Angehörigen in französischer oder englischer Gefangenschaft haben und verspricht, die Befreiung des Betreffenden aus der Gefangenschaft zu bewirken, wofür er sich gut bezahlen läßt. Der Schwindler kennt die Personen und Verhältnisse des hiesigen Landratsamtes sehr genau, wodurch er Vertrauen erweckt. In den hier bekannt gewordenen Fällen nennt er sich Dünzel, Schünzel, Schilling. Der Schwindler ist gut gekleidet, 30 bis 35 Jahre alt, mit sicherem Auftreten.

Merseburg, den 8. April 1919.

Der kommissarische Landrat.

Dr. Mosle

Wiederholten Anregungen folgend hat der Herr Oberpräsident eine Auskunftsstelle für Kriegshinterbliebenenfürsorge eingerichtet und sie dem Oberpräsidium angegliedert.

Die immer mehr anwachsenden Arbeiten der Kriegshinterbliebenenfürsorge, der große Umfang der dabei in Frage kommenden gesetzlichen und Verwaltungsvorschriften und die Vielseitigkeit der notwendigen Fürsorgemaßnahmen haben vielfach den Wunsch hervortreten lassen, eine provinzielle Zentralstelle für diesen neuen Zweig der Verwaltungstätigkeit zu besitzen.

Demgemäß soll die Auskunftsstelle für die Kreisausschüsse der Nationalstiftung und für die örtlichen Fürsorgestellen in der Provinz Sachsen, bezw. — im Einvernehmen mit der Stellvertretenden Intendantur — für den ganzen Bezirk des IV. Armeekorps, die sachkundige Zentralstelle sein, bei der von Behörden und von Privatpersonen Rat und Auskunft eingeholt werden kann.

Die Leitung dieser Auskunftsstelle liegt in den Händen des Schriftführers der Nationalstiftung. Bei der sachlichen Bearbeitung der Fragen wird, soweit sie die militärische Hinterbliebenenfürsorge betreffen, ein Mitglied der Königlichen Intendantur, soweit andere Gebiete in Betracht kommen, das Wohlfahrtsamt der Stadt Magdeburg mitwirken. Angelegenheiten der Nationalstiftung oder der ihr angegliederten Stiftungen bearbeitet der Leiter der Auskunftsstelle.

Alle Anfragen sind zu richten

An die Auskunftsstelle für Kriegshinterbliebenenfürsorge bei dem Königlichen Oberpräsidium in Magdeburg.

Den örtlichen Fürsorgestellen und Privatpersonen empfehle ich, sich dieser sachkundigen Auskunftsstelle gegebenenfalls zu bedienen.

Merseburg, den 12. Februar 1918.

Der Königliche Landrat.

Nr. 252 K. H./19 J. V.: v. Grone

Kreissparkasse Merseburg

— Bahnhofstraße 3 —

Postscheck-Konto: Leipzig 8806 Fernruf 540

unter Haftung und Sicherheit des Kreises

Spareinlagen mit täglicher Verzinsung werden jederzeit — auch im Ueberweisungsverkehr — angenommen.

Rückzahlungen erfolgen je nach Vereinbarung sofort ohne Kündigung.

Sicherheitsmaßnahmen gegen unberechtigte Abhebungen. Unbedingte Verschwiegenheit über alle Geschäftsvorkommnisse

— An- und Verkauf von Wertpapieren. —

Einlösung fälliger Zinsscheine und gelooster Stücke.

Darlehne an Jedermann

gegen Sicherstellung durch Hypothek oder Pfand.

Spezialanstalt z. Förderung des Bargeldlos. Zahlungsverkehrs.

Eröffnung von provisionsfreien Girokonten für Jedermann.

Völlig kostenlose Ausführung von Geld-Ueberweisungen an jede Person im Deutschen Reiche, auch Einziehung von Schecks und Wechseln.

— Unentgeltliche Abgabe von Formularen und Schechheften. —

Schnellste Erledigung von schriftlichen Aufträgen.

Großer Posten

Waschstoffe

für Kleider und Blusen,

Rudolf Krämer

Merseburg

Christianenstraße 7 Telefon 444.

Verkauf findet auch Sonntags statt.

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 10. April 1919

bei Hoffmann, Brühl Nr. 6

nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 3801—3900

„ 3—4 „ 3901—4000

statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 9. April 1919.

L.-A. I 358/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Fleischverkauf auf der Freibank

findet am 10. April 1919

vorm. von 8—9 Uhr auf die Ordnungsnummern 301—375

„ 9—10 „ „ „ „ 376—450

statt.

Merseburg, den 9. April 1919.

L.-A. I. 350/19. Das städtische Lebensmittelamt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190410-11/fragment/page=0006